

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

21. September: Alle raus, die Löhne müssen endlich richtig rauf! Seite 2



Klassen-Wechsel

Die **Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung** ist auch eine **Geschichte der Migration**. Ein neuer Film erzählt von den dunklen Zeiten des **Saisonierstatuts** und vom **Wandel der Gewerkschaften**. Das grosse Interview mit **Regisseur Samir**. Seiten 12–13

FOTOS: DSCHOINT VENTSCHIR DISTRIBUTION, SGB

Bund hat AHV armgerechnet

Das späte Geständnis: Der Bund hat die AHV systematisch schlechtgerechnet. Die Gewerkschaften haben's schon lange vermutet. Die Milliarden-Panne muss jetzt politische Folgen haben. Seite 7

BVG-«Reform»: Bschiss & Pfusch

Bei einem Ja zum BVG-Bschiss am 22. September verlieren alle ausser der Finanzindustrie. Die Zahlen und Fakten. Seiten 8–9





workedito
Anne-Sophie Zbinden

GRENZENLOS

In den Ferien änet der Grenze in Berlin, Neukölln. Nicht gerade eine privilegierte Nachbarschaft, aber mit internationaler Esskultur. Im Imbiss um die Ecke gibt es zwar kein Bier, aber dafür vegane Pizza. Das islamisch geprägte Alkoholverbot, gepaart mit alternativ-grünem Lifestyle? Vielleicht. Schmecken tut's allemal.

ZÜRICH, LANGSTRASSE. Im ehemaligen Italo-Quartier führen mittlerweile Kurdinnen und Kurden die Pizzerias. «Und in 20 Jahren denken alle, Köfte sei ein Schweizer Nationalgericht», sagt Filmemacher Samir. In seinem neusten Film erzählt er die Geschichte der Saisoniers aus Italien in den 1960er und 1970er Jahren. Sie brachten die «Italianità» an die Langstrasse. Das sonnige Lebensgefühl, geprägt von Musik, Pizza und Ferien, gehört heute zum Schweizer Alltag. Doch das war nicht immer so. Statt Pizzerias prägten damals Schilder mit «Eintritt für Italiener verboten» die Strassen. Die Saisoniers wurden von den Behörden schikaniert und von Schweizerinnen und Schweizern als «Tschinggen» diskriminiert. Auch von den Gewerkschaften. Bis diese verstanden, dass die Migrantinnen und Migranten die neue Arbeiterklasse sind. Heute seien sie die einzigen Organisationen, die die Gesellschaft tatsächlich abbilden, ist Samir überzeugt.

Kulturen durchmischen sich, bis die Grenzen zerfliessen.

DIFFUS. Kulturen durchmischen sich, bis die Grenzen zerfliessen wie Mozzarella auf der Pizza. Den Schweizer Nationalhelden erfand ein Deutscher, die Kartoffel für die Rösti kommt aus Südamerika, den Bergsport brachten die Briten... Der Begriff «Überfremdung» ist hingegen eine Schweizer Erfindung. Er stammt vom Zürcher Armensekretär Carl Alfred Schmid. Er befürchtete zu Beginn des 20. Jahrhunderts – kaum war die Schweiz vom Auswanderer- zum Einwandererland geworden –, die vielen «armengenössigen» Fremden könnten die Armenkasse zu arg strapazieren. Der Begriff taucht nach dem Ersten Weltkrieg wieder auf, wird von den Faschisten in der Schweiz verwendet. In den Boom-Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg richtete er sich gegen die Saisoniers, gipfelt in den rassistischen Schwarzenbach-Initiativen. Dann verschwindet er, doch die Bewirtschaftung der diffusen Angst vor dem unbekanntem Fremden bleibt. Diese heisst jetzt Masseneinwanderung, Islamisierung, 10-Millionen-Schweiz, Wohnungsnot, Ausländerkriminalität... Auch das zeigt Samir in seiner beeindruckenden Doku. Im grossen work-Interview sagt er: «Die Migration als Grundsatzfrage der Gesellschaft existiert nur bei Rassisten, die dieses Thema bewirtschaften.» (Seiten 12 und 13)

HAARSTRÄUBEND. So, wie es die SVP tut. Zum Beispiel letzte Woche. Das Bundesamt für Migration erfasst seit Anfang Jahr, wenn Asylsuchende sehr hohe Gesundheitskosten verursachen. Wie SRF berichtete, waren dies bisher rund 12 Personen aus Georgien. 12 Personen! Diese Menschen waren teils schwer krank, hatten Krebs im fortgeschrittenen Stadium. Sie erhofften sich in der Schweiz eine gute Behandlung, wohl aber kein Asyl. Denn im vergangenen und auch in diesem Jahr wurde kein einziges Asylgesuch aus Georgien angenommen. Und was macht die SVP aus diesen tragischen Schicksalen? Sie postet auf Instagram: «Asylanträge zwecks Gratis-Behandlung in der Schweiz. Der Missbrauch im Asylbereich ist haarsträubend – auch Gesundheitstouristen aus Georgien nutzen unser System aus. Was soll die Schweizer Bevölkerung noch alles bezahlen?» Haarsträubend ist, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, weil das Schüren der Angst vor dem unbekanntem Fremden gar nie aufgehört hat.

In Berlin, Neukölln, an eine Hauswand gesprayed: «Boarders are a state of mind.» Grenzen existieren nur in unseren Köpfen.

Die grosse work-Strassenumfrage

Das sagen Bernerinnen und Berner über ihre Löhne

« Gewisse Menschen verdienen viel zu viel. Der Gap zwischen Menschen, die nicht viel verdienen, und Menschen, die mega viel verdienen, ist viel zu gross.»



« Für die unregelmässigen Arbeitszeiten, den Arbeitsstress und die grosse Verantwortung, die wir in der Pflege übernehmen, sind unsere Löhne überhaupt nicht gerechtfertigt.»



Grosse Lohn-Demo in Bern

Samstag, 21. Sept., 13.30 Uhr, Schützenmatte, Bern

Alle auf nach Bern!



« Es ist schon crazy festzustellen, dass man den gleichen Lohn bekommt wie in den letzten Jahren, aber Mieten, Lebensmittel und alles teurer wird.»



« Es gibt eine zu grosse Spanne zwischen Bankern und Personen, die z. B. auf dem Bau oder in der Pflege arbeiten. Die Differenz zwischen den verschiedenen Branchen ist viel zu gross.»



Das work-Team war diesen Sommer in Bern unterwegs und hat die Leute gefragt, wie zufrieden sie mit ihren Löhnen seien. Das ganze Video finden Sie auf www.workzeitung.ch und auf Instagram.

Künzi wählt: Die Sommerhits 24!

Was für ein Sommer! Erst kam die EM mit einer soliden Schweiz. Schagge und ich haben jeden Match geschaut! Kaum hab ich das Schweizer Fähnli eingerollt, kam Herr Biden und sagte, er trete zurück. Wow! Ich find's super, wenn man zurücktritt, solange man noch halbwegs verständlich reden kann. Dann kam Kamala, und ich habe mich prompt in sie verliebt. Dann kam der Rechnungsfehler bei der AHV. Ah und Olympia war auch noch: Die einzige Goldmedaille für die Schweiz gab's lustigerweise ausgerechnet im amerikanischen Volkssport: dem Schiessen.

DAS GROSSE FINALE. Ich bin ja so was von neidisch auf diesen Wahlkampf. Eine starke, ehrliche Frau gegen einen ledrigen Zombie, der nur noch dank teuren Ampullen halbwegs am Leben ist. Also eigentlich waren es zwei Zombies (Sorry, Joe), aber einer hat sich im letzten Moment doch noch in einen heiligen Geist verwandelt (Bravo, Joe). Und jetzt geht es um das grosse Finale zwischen der Superheldin K. und dem Untoten T. Beide haben je einen Komplizen, der ihnen helfen muss: Der eine war mal Fussball-Coach, der andere hatte mal Sex mit einer Couch. Und wir sind live dabei. Ich bin total geflasht von diesem Wahlkampf. Die beste Serie ever. Aber meine Freundin Schagge sagt: «Ich chas nüm ghöre, de Seich us Amerika!»

Noch während ich mit Schagge stritt, ob wir jetzt mit den Wahlen in Amerika mitfiebern sollen oder nicht, kam päng die Sache mit der AHV. Das BSV

hat sich um 14 Milliarden verrechnet! Nämlich der AHV geht es viel besser, als alle immer sagen, also natürlich nicht alle, sondern nur die Bürgerlichen mit ihren Banken und Versicherungen.

VERWIRRTES VOLK. Das sind doch super Neuigkeiten, oder? Aber Schagge sagte «Schissdräck» und dass man die Abstimmung über das Frauenrentenalter wiederholen müsse. Sie ist überzeugt, dass das Volk verwirrt wurde mit falschen Zahlen und nur deswegen für ein höheres Frauenrentenalter gestimmt hat. Mich dünkt, das Volk ist auch ohne Rechnungsfehler öppe mal chli verwirrt. Ausserdem sind es ja nur Prognosen, oder? Wenn dann Kamala trotz der guten Umfragewerte verliert, kann sie ja auch nicht einfach durchdrehen und das Capitol stürmen, oder? Es waren einfach nur Prognosen.

SAUBLÖD. Aber klar, es ist natürlich schon saublöd, wenn die Frauen wegen falscher Zahlen noch länger schaffen müssen für weniger Lohn. Von den Frauen wird halt immer noch erwartet, dass sie sich opfern und freundlich lächeln dazu. Deshalb bin ich für Kamala: Ab jetzt wird entweder laut gelacht oder gar nicht! Es bleiben noch 91 Tage!

Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit ist sie freiwillige, nicht ganz unabhängige Beobachterin des Wahlkampfes in den USA. Direkt aus dem Schweizer Wohnzimmer.

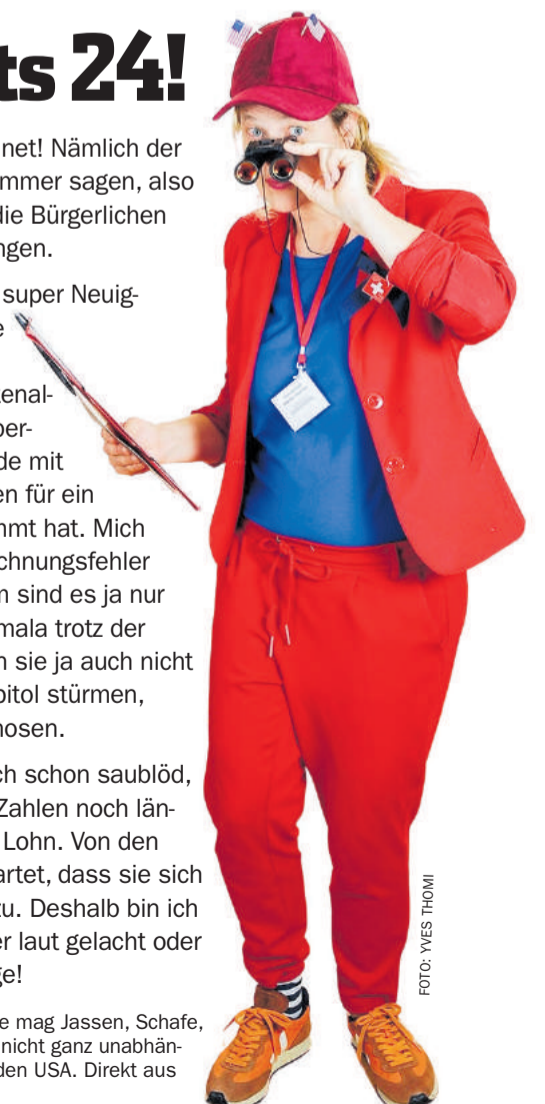


FOTO: VYES THOMI



ERNIEDRIGT: Was Arnau Sanchez im Waldhotel Arosa erlebte, hat ihm psychisch zugesetzt. Doch die Chefetage hat das Problem nicht ernst genommen. FOTO: URS HOMBERGER

Die Arbeit im Vier-Sterne-Hotel in Arosa machte ihn krank

Edel von aussen, grausam im Innern

Das Waldhotel Arosa verspricht nach aussen Erholung und Genuss. Doch in der Küche erlebte Unia-Mitglied Arnau Sanchez eine toxische Kultur: Chefs brüllen rum, beleidigen Mitarbeitende und machen abschätzig Sprüche über ihre Herkunft.

CHRISTIAN EGG

Über hundert Jahre Geschichte, Vier-Sterne-Superior-Qualität, 16 Gault-Millau-Punkte in der Küche. Was aber den Aufenthalt im Waldhotel in Arosa GR zu einem ganz besonderen Erlebnis mache, das sei, so der Betrieb auf der Homepage, sein «ingeschworenes Team». Und weiter: «Nur ein glückliches Team ist ein gutes Team.» Man wolle «als Arbeitsplatz top sein, um als Gastgeber zu brillieren».

Schnitt in die Küche. «Fuck off!» schallt es durch den Raum. Zu deutsch: Verpiss dich! Untermalt durch ein dumpfes Geräusch – vielleicht ein Faustschlag gegen eine Vorratsdose. Nein, dieser Ton stammt nicht von der Hotel-Homepage. Sondern aus der Realität. Aufgenommen hat ihn Arnau Sanchez.

«DU BIST EINE GELDVERSCHWENDUNG»

Auf den Spanier wirken die schönen Sätze, mit denen sich das Hotel anpreist, wie blanker Hohn. Was er hinter den Kulissen des «Genusshotels» erlebe, sei das pure Gegenteil: Mitarbeitende würden respektlos abgekanzelt, herumkommandiert und wegen ihrer Herkunft diskriminiert. Der Wutausbruch auf der Tonaufnahme stammt laut Sanchez vom Souschef, also der Nummer zwei in der Küchenhierarchie.

Zwar ist der Vorfall erst wenige Wochen her. Doch den Grund dafür kann Unia-Mitglied Sanchez nicht mehr nennen. Denn: «Er und der Chefkoch, beide lassen ihrer Wut jeden Tag freien Lauf.» Dann hagelte es Beleidigungen, manchmal auch Drohungen. Sei jemand zu langsam, bekomme er oder sie zu

hören: «Du bist eine Geldverschwendung.» Oder: «Dich hätten wir innert fünf Minuten ersetzt.»

Gegenüber Menschen aus Spanien oder Portugal, berichtet Sanchez, äusserten sich Chef und Souschef besonders verletzend. Die beiden stammen aus Deutschland. Zu Leuten aus Südeuropa sprächen sie, so der 23jährige, oft «wie zu begriffsstutzigen Kindern. Wir seien ja eh nur wegen des Geldes in die Schweiz gekommen.» Egal, ob sie abwaschen, anrichten oder anderen in der Küche zur Hand gingen: «Was wir machen, ist immer schlecht und immer zu langsam.»

Klar, in einer Grossküche gehe es manchmal stressig zu. Aber solches Verhalten will Sanchez nicht hinnehmen: «Respekt ist nicht verhandelbar!» In der vergangenen Wintersaison, berichtet er, habe er in einem Restaurant in Davos gearbeitet: «Dort hatten wir auch sehr viel zu tun. Aber das war nie ein Grund, herumzubrüllen oder Leute zu beleidigen.»

DER ZUSAMMENBRUCH

Ende Juli, Sanchez hat gerade erst die Probezeit überstanden, merkt er: Er kann nicht mehr. In seinem Zimmer erleidet er einen Zusammenbruch. «Ich sah keinen Ausweg mehr. Ich wusste: Wenn ich wieder in diese Küche gehe, wird es schlimmer.» Er ruft die Ambulanz. Die fährt ihn nach Chur, in die psychiatrische Klinik. Zum ersten Mal in seinem jungen Leben. Seither ist er krankgeschrieben.

Nach aussen lobt das Waldhotel seinen Chefkoch in den höchsten Tönen. Gerd Reber, seit über 30 Jahren auf dem Posten, biete «absolute Haute Cuisine», schwärmt die Hotel-Website. Und weiter: «Dabei bleibt er seiner Professionalität und seinen Qualitätsansprüchen stets treu.» Besonders bitter für die armen Teufel in der Waldhotel-Küche: Das Hotel bezeichnet Chefkoch Reber als «Küchengott». Wer derart in den Himmel gehoben wird, der braucht, so scheint's, keine Menschlichkeit mehr.

Nach seinem Zusammenbruch sucht Arnau Sanchez das Gespräch mit V., Vizedirektor des Hotels und Personalverantwortlicher. Er berichtet ihm vom respektlosen Ton der beiden Chefs. Die Reaktion von V. habe ihn irritiert: «Es machte den Eindruck, er kenne das Problem. Seine Antwort war: Wenn ich mich

nicht wohlfühle, solle ich einfach gehen. Niemand halte mich hier fest.» Er habe seinen Ohren nicht getraut, sagt Sanchez. «Ich dachte mir: Das ist eure Lösung? Anstatt dass ihr das Problem anpackt? Wenn ich gehe, ergeht es doch der nächsten Person genauso!»

Auf die Fragen von work hält das Waldhotel zunächst fest: «Geschrien wird in unserer Küche nicht.» Räumt dann aber ein, in den über 30 Jahren Tätigkeit des Chefkochs habe sich «auch die Küchensprache entwickelt. Zum Glück.»

Der Betrieb habe in die Kommunikation in der Küche «in den letzten Jahren sehr viel Aufwand und Schulungszeit investiert».

Trotzdem ist Arnau Sanchez offenbar nicht der erste, der den rüden Ton der Küchenchefs bemängelt. Wörtlich schreibt das Hotel: «Kam es dennoch zu einer Kritik, wurde das innert sehr kurzer Zeit besprochen und erledigt.» Und einseitige Aussagen gegenüber Menschen aus einzelnen Ländern, das sei «beinahe ausgeschlossen» und bisher noch nie beanstandet worden.

KONFUSE ANTWORT

Dann wird die Antwort etwas konfus. Zunächst streitet das Hotel rundweg ab, dass das Gespräch zwischen Sanchez und dem Personalverantwortlichen V. stattgefunden habe: «Leider fand zu keinem Zeitpunkt eine Kontaktnahme seitens der betreffenden Person statt.» Einige Absätze weiter unten zeigt sich das Hotel dann überzeugt: Sanchez habe wegen einer «Sprachbarriere» die Antwort von V. bloss falsch verstanden. In einem Gespräch, das es gar nie gab?

Immerhin: Kurz vor work-Redaktionschluss lädt V. Sanchez per Mail zu einem «offenen Gespräch» ein. Dieser ist skeptisch: «Bisher hat die Firma nichts unternommen, um das Problem an der Wurzel zu packen.» Bevor er antwortet, will er sich jetzt mit einem Gastgewerbeverantwortlichen bei der Unia austauschen.



Laura und die starke Mami

Als jemand von unserem Team für eine Weile ausfiel, bekamen wir eine grossartige Aushilfe. Sie blieb ein paar Monate bei uns, unterstützte uns und brachte frischen Wind. Eine neue Lebensgeschichte trat in unser Team ein: Sie ist Mutter von



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

zwei kleinen Kindern, und ihr Ehemann ist beruflich oft tagelang unterwegs. Sie arbeitet Teilzeit, damit sie sich um die Kinder kümmern kann. Eines der Kinder ist autistisch und braucht somit mehr Aufmerksamkeit, Unterstützung und verschiedene Therapien. Der Zeitaufwand ist enorm, erzählt sie mir. Und die Herausforderungen im Alltag bringen sie nervlich manchmal an ihre Grenzen.

SPIESSRUTENLAUF. Wenn sie mit den Kindern einen Ausflug macht und ihr Kind nicht auf sie hört und sie es mehrfach ermahnen muss, wird sie

Egal, was eine Mutter macht, es ist falsch, und sie ist schuld.

tatsächlich mit blöden Sprüchen von fremden Menschen attackiert: «Sie haben Ihr Kind nicht im Griff», heisst es dann. Es wäre einfacher, wenn das Kind eine sichtbare Behinderung hätte, da wären die meisten verständnisvoller, sagt sie. Oft muss sie sich rechtfertigen, sich wehren. Sie hat mir einige Situationen erzählt, die exemplarisch für «Mom-Shaming» in unserer Gesellschaft stehen: Egal, was eine Mutter macht, es ist falsch, und sie ist schuld.

HÜRDENLAUF. Auch die Behörden machen meiner Kollegin das Leben schwer. Das Kind hat Anrecht auf eine kleine finanzielle Unterstützung. Um an diese Gelder zu kommen, muss meine Kollegin viele Hürden überwinden. Oft wird sie nicht vollständig informiert und wartet auf das wenige Geld, bis sie auf Eigeninitiative erkennt, was alles noch einzureichen ist. Sie sagt: «Ich kann mich zum Glück sprachlich wehren. Wer das nicht kann, ist in diesem System verloren. Nur wenige helfen dir.» Die Betreuungsplätze für Autisten sind rar bis nicht existent, und wie das in Zukunft mit der Schule wird, weiss sie noch nicht. Ich staune Bauklötze, wie diese Frau alles stemmt. Das ist ein Paradebeispiel von unbezahlter Care-Arbeit und Diskriminierung. Ein Grund mehr, um für eine solidarische Gesellschaft zu kämpfen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Absurdes Theater um eine nationale Erbschaftssteuer Der Sommer der Gränni-Milliardäre

Während die Kaufkraft von Millionen Lohnabhängigen, Rentnerinnen und Rentnern seit Jahren sinkt, werden die Superreichen immer reicher. Die 300 Reichsten im Land besitzen zusammen 795 Milliarden Franken. Allein die 10 Reichsten besitzen 210 Milliarden. 99,9967 Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen werden es nie schaffen, darin vorzukommen. Nicht, weil sie dumm und faul wären. Sondern, weil das System es nicht vorsieht. Denn die Mehrheit der Vermögen sind entweder geerbt oder erspekuliert.

Jetzt versucht es die Juso mit einer Initiative, die gleich zwei zentrale Probleme angeht: die vererbten Megavermögen und die enormen Kosten zur Bekämpfung der Klimaerhitzung und ihren Folgen. Der Juso-Vorschlag auf den Punkt gebracht: Erbschaften ab 50 Millionen Franken werden mit 50 Prozent Erbschaftssteuer belegt. Es geht also nicht um das Haus der Eltern oder die Briefmarkensammlung, es geht auch nicht um die Garage oder die Apotheke oder das Sanitärgeschäft. Nicht um die vielen KMU, die das

Rückgrat der Wirtschaft sind. Es geht um die Vermögen der Schweizer Oligarchen.

Die Einnahmen aus der Besteuerung der Megavermögen sollen für den ökosozialen Umbau eingesetzt werden. Diese Verknüpfung ergibt Sinn. Denn die Reichen und Reichsten sind mit ihrem verschwenderischen Lebensstil auch überproportional verantwortlich für die Klimaerhitzung. Die Juso-Initiative kommt in den nächsten Monaten in die parlamentarische Mühle. Dort ist es den Bürgerlichen unbenommen, einen griffigen Gegenvorschlag zu formulieren oder mitzutragen, wenn sie die Juso-Initiative tatsächlich einfach nur «unsorgfältig» oder «zu radikal» formuliert finden, das Problem aber erkannt hätten. Doch Zweifel daran sind angebracht.

DAS GROSSE GEHEULE

Schon bevor die Initiative überhaupt behandelt wird, starteten die Blätter aus den Verlagen TX und Ringier eine wuchtige Kampagne dagegen. Nach einigen eher kraftlosen Gschichtli langte die «Sonntagszeitung» Anfang Juli



WAS FÜR EIN THEATER: Man könnte fast meinen, die Gränni-Milliardäre sind für die Regentage in diesem Sommer verantwortlich. FOTOMONTAGE: WORK

richtig zu. Im Interview sagte Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler: «Die Juso zwingen mich zum Auswandern.» Unmöglich könnten seine Erben diese Erbschaftssteuer bezahlen. Tatsächlich war Spuhler keine schlechte Wahl als Speerspitze der Anti-Erbschaftssteuer-Kampagne. Spuhler hat aus einem Ostschweizer Budeli einen Milliardenkonzern geschaffen. Nicht geerbt, nicht erspekuliert, sondern erar-

beitet. Er ist ein Macher. Er weiss, dass er Arbeiterinnen und Arbeiter braucht, die respektvoll behandelt werden sollten. Spuhler ist ein Vertreter des Werkplatzes, ein Chrampfer, kein Spekulant. Ihm nehmen wir Bedenken um die Ausgestaltung der Initiative am ehesten noch ab. Was die Zürcher Journalistinnen und Journalisten nach Spuhler noch an jammernden Milliardärinnen, Milliardären und Mehrfach-

millionären präsentierten, wirkte eher wie ein Beweis der Dringlichkeit einer kraftvollen Erbschaftssteuer. Es jammernden und drohten zum Beispiel Magdalena Martullo-Blocher, SVP-Nationalrätin und Milliardenerbin, Simon Michel, FDP-Nationalrat und Milliardenerbe, und Thomas Matter, SVP-Nationalrat und Millionenerbe. Alles Leute, deren erste und wichtigste Qualifikation für ihren Superreichtum es ist, aus einem goldenen Schoss gepresst worden zu sein.

Die Idee hinter diesem Sommertheater der Gränni-Milliardäre dürfte sein, mit der Juso-Initiative auch gleich die Themen Vermögensverteilung und Re-Feudalisierung der Schweiz vom Tisch zu haben. Eine Prognose sei gewagt, weil sie gar nicht gewagt ist: Dieser Schuss ist nach hinten losgegangen. Die beiden Themen haben dank den drohenden und jammernden Martullos, Michels & Co. erst recht an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/gränni-milliardäre



SCHLUSS MIT HALBBATZIGEN GAV: Die Forderungen der Stromer und Gebäudetechnikerinnen wurden erhöht. FOTO: UNIA

Guter GAV für Gebäudetechniker und Stromerinnen

«Her mit dem guten GAV!» So tönte es am 7. Oktober 2023 in den Strassen von Zürich. Dort hatten sich damals über 1000 Gebäudetechniker und Stromerinnen zur Demonstration versammelt. Die Demo hat sich gelohnt: Für die Gebäudetechnik steht ein neuer Gesamtarbeitsvertrag (GAV)! Der GAV gilt für 25000 Arbeitnehmende und alle Arbeitgebenden in Installations-, Reparatur- und Servicefirmen, die innerhalb

und an der Gebäudehülle tätig sind in den Bereichen Spenglerei, Sanitär, Heizung, Klima/Kälte, Lüftung und Solarinstallation. Mit der Frühpension gelingt ein Sprung nach vorne, und auch sonst winken Fortschritte. Doch bei der neuen Überstunden-Regel scheiden sich die Geister.

Mehr dazu auf workzeitung.ch
rebrand.ly/gav-geb-tech

Luzern braucht Mindestlöhne

Rund 3000 Menschen erhalten in der Stadt Luzern für einen 100-Prozent-Job weniger als 4000 Franken im Monat. Die Initiative «Existenzsichernde Löhne jetzt!» wurde im März 2023 eingereicht. Sie verlangt einen Mindestlohn von Fr. 22.– brutto für alle, die in der Stadt Luzern arbeiten. Bisher arbeiten hier rund 3000 Menschen für weniger als 4000 Franken im Monat. Frauen sind von den zu tiefen Löhnen doppelt so häufig betroffen. Der Luzerner Mindestlohn soll laufend an die Teuerung angepasst werden und damit auch in Zukunft einen minimalen Lebensstandard sichern. Doch gegen einen Lohn, der bei einem 100-Prozent-Pensum zum Leben reicht, sind – wie immer – die rechten Parteien SVP, FDP, GLP und Mitte angetreten. Und natürlich die Wirtschaftsverbände.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/milo-luzern

Streik der Synchronsprecher

Und wieder ist es die «The Nanny»! Die Nanny-Darstellerin Fran Drescher ist Chefin der Hollywood-Gewerkschaft SAG-AFTRA (Screen Actors Guild-American Federation of Television and Radio Ar-

tists). Ihr neuester Streik: 160000 Sprecherinnen und Sprecher für Computerspiele bleiben vorübergehend stumm. Sie streiken gegen die Computerspiele-Industrie. Drescher sagt: «Wir werden keinem Vertrag zustimmen, der es Unternehmen erlaubt, KI zum Nachteil unserer Mitglieder zu missbrauchen. Genug ist genug.» Die Verhandlungen um neue Arbeitsbedingungen für die Branche laufen bereits seit Oktober 2022.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/streik-hollywood

Streikdrohung macht's möglich

Die Hiobsbotschaft kam Ende Mai. «Aus wirtschaftlichen Gründen» schliesst die Mubea Präzisionsstahlrohr AG ihren Standort in Oberriet im St. Galler Rheintal. Schon im Oktober werden die Maschinen abtransportiert. 31 Mitarbeitende verlieren ihre Stelle. Sie sind die letzten Zeugen eines einst stolzen Werks. Die Massenentlassung wollte man offenbar möglichst günstig durchziehen. Lediglich «Bewerbsworkshops» und für «spezielle Härtefälle» einen Sozialplan bietet die Mubea. Doch das reichte der Belegschaft nicht. Mit ihrer Personalkommission (Peko) wandten sich die Beschäftigten an die



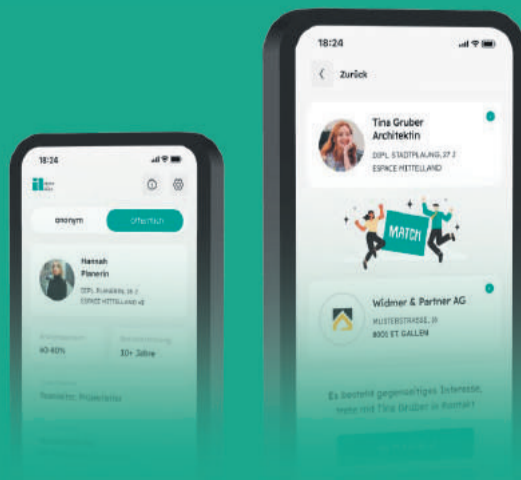
Gewerkschaften Unia und Syna. Dank der Streikdrohung erhalten die 31 Entlassenen je 10000 Franken Entschädigung.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/stahlarbeiter

INSERAT

Wir vernetzen Fachkräfte mit Unternehmen

Jetzt App herunterladen, dein Job-Profil erstellen und von Arbeitgebern gefunden werden.



Zeige was du kannst und werde anonym sichtbar



peopleforbuild.ch



workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Das progressive Wallis bodigt Macho-Filz

Rücktritt nach Widerstand: Tschüss, Buttet!

Im Juni wählte der Vorstand der Walliser Tourismuskammer den Ex-CVP-Nationalrat Yannick Buttet (47) einstimmig zu ihrem Präsidenten. Viele im Tourismuskanton waren baff über diese Besetzung der prestigeträchtigen Kaderstelle. Denn: Der Ex-CVP-Nationalrat Buttet ist wegen sexueller Belästigung und Nötigung verurteilt.

Ein No-Go für die lokale Unia-Jugend, die Unia-Frauen und ein feministisches Walliser Kollektiv. Sie wollten die Wahl Buttets nicht hinnehmen, sondern lancierten eine Petition zur Absetzung Buttets – als Zeichen gegen sexuelle Belästigung und zum Schutz der Opfer von Buttet. Denn eine Frau, die bei der Walliser Tourismusförderung arbeitet, hatte Buttet angezeigt und wäre dem neuen Präsidenten indirekt unterstellt gewesen. Mit Buttet könne die Gesundheit, die Integrität und der Schutz

der Frau nicht gewährleistet werden, schrieben die Petitionärinnen. Fast 11 000 Personen unterzeichneten, und auch ganze Organisationen unterstützten die Rücktrittsforderung, so etwa die Frauensektion der Walliser Mitte-Partei oder am Ende auch die vereinigten Hoteliers aus Zermatt.

Der Vorstand der Tourismuskammer kam Ende Juli zu einer Krisensitzung zusammen. Yannick Buttet gab in der Folge seinen Rücktritt bekannt. Die «eingehende Analyse der politisch-medialen Situation» habe zu diesem Schritt geführt, schreibt die Tourismuskammer in einer Mitteilung. Für Lisa Rossi, Jugendverantwortliche der

«Der Erfolg dieser Kampagne ist ein starkes Signal für das Wallis.»

LISA ROSSI, UNIA OBERWALLIS



RÜCKTRITT: Yannick Buttet gibt das Amt des Präsidenten der Walliser Tourismuskammer auf. FOTO: KEYSTONE

Unia im Oberwallis und Mitglied des feministischen Kollektivs, eine grosse Erleichterung. In einem Interview mit work sagt sie: «Es ist ein bedeutendes Zeichen für das Wallis und zeigt, was erreicht werden kann, wenn sich Menschen zusammenschliessen und gemeinsam für eine Sache kämpfen. In diesem Fall waren es vor allem Frauen sowie gewerkschaftliche und feministische Organisationen, die sich vehement dafür eingesetzt ha-

ben, dass Herr Buttet von seinem Amt als Präsident der Walliser Tourismuskammer entbunden wird. Der Erfolg dieser Kampagne ist ein starkes Signal für das Wallis und zeigt, dass solche Anliegen ernst genommen werden und Folgen haben können.»

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/tschuess-buttet

ERFREULICHES JUBILÄUM: Die Deutschschweizer Reinigungsindustrie hat seit 20 Jahren einen Gesamtarbeitsvertrag. FOTO: KEYSTONE

20 Jahre Reinigungs-GAV

Erst seit zwanzig Jahren kennt die Deutschschweizer Reinigungsindustrie einen einheitlichen Gesamtarbeitsvertrag. Am 1. Juli 2004 trat der GAV erstmals in Kraft, wurde seither stetig weiterentwickelt und vom Bundesrat immer wieder für allgemeinverbindlich erklärt. Heute regelt er die Arbeitsbedingungen von etwa

65 000 Personen in 2800 Firmen, die zusammen einen Jahresumsatz von über 2 Milliarden Franken erwirtschaften. Das grosse work-Dossier zur Reinigungsindustrie gibt es online.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/gav-reinigung**Höllentritt auf Tahiti**

Kauli Vaast, 22, hatte gerade die Surf-Goldmedaille der Olympischen Spiele Paris 2024 gewonnen, 16 000 Kilometer von Paris entfernt. Für Frankreich auch, denn Tahiti gehört zu «Französisch-Polynesien». Mit Tahiti verbinden viele Franzosen feuchte Südsee-Exotik. Die Einheimischen denken umgekehrt eher an koloniale Last und radioaktive Verseuchung. Tahiti gehört zu den 118 Inseln und Atollen, die über 5,5 Millionen Quadratkilometer und zwei Zeitzonen verstreut, Französisch-Polynesien bilden. 1963 verlegte Frankreich seine Atombombenversuche aus der algerischen Sahara in den Pazifik. Moetai Brotherson, der kürzlich gewählte Präsident der «Region» Polynesien, zählt 30 000 Opfer dieser Bombentests, die bis

1996 dauerten. Also rund ein Drittel der Bevölkerung. Gewisse Krebsarten sind noch immer endemisch, Genetiker konstatierten Veränderungen im Erbgut der Insel-Bevölkerungen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/surfen-tahiti**2000 Uhrmachern droht Kurzarbeit**

Für die Uhrmacherinnen und -macher aus dem Jura waren es keine entspannten Sommerferien. Denn wegen der schlechten Wirtschaftslage zu Beginn des Jahres gilt jetzt Kurzarbeit in der Uhrenindustrie: zu Hause bleiben bei 20 Prozent Lohnreduktion. Bei der Unia Transjurane ist man sich der Situation bewusst. Regionalsekre-

tärin Rébecca Lena sagt: «Wir haben den Wind bereits im Frühjahr gespürt. Damals beendeten die Unternehmen im grossen Stil die Verträge mit den temporär Beschäftigten.» Betroffen seien vor allem französische Grenzgänger gewesen. Allgemein setze die Uhrenindustrie je länger, je mehr auf Temporäre. Denn: «Sie haben nicht die gleichen Arbeitsbedingungen wie die Festangestellten und dienen als Anpassungsvariable: Ihr Einsatz kann von einem Tag auf den anderen beendet werden.» Unia-Frau Lena erklärt: «Nach der Corona-Pandemie und den angekündigten Energieengpässen gerieten die Unternehmen in Panik, weil sie keine Vorräte mehr hatten. Die Lager wurden aufgefüllt und jetzt sind es die Bestellungen, die knapp sind.»

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/uhrmacherkrise**Walliser Gericht weist Syngenta ab**

Als global führendes Unternehmen in der Agrarchemie und der Saatgutproduktion verzeichnet Syngenta Jahr für Jahr Rekordgewinne. Doch bei den Löhnen seiner Beschäftigten knausert der Basler Konzern. Angesichts einer Inflationsrate von 3 Prozent forderte die Walliser Unia einen vollen Inflationsausgleich für rund 1000 Mitarbeitende des Werks in Monthey VS. Doch trotz sprudelnden Gewinnen sah Syngenta keinen Grund, die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter anzupassen. Trotz Gesprächen mit der Unia blieb die Geschäftsleitung stur. Die Unia rief daraufhin das kantonale Einigungsamt (OCC) an. Auch dieses Mittel ist im GAV so vorgesehen. Doch Syngenta sah dies anders und bestritt die Zuständigkeit des OCC. Das Kantonsgericht machte diesem Trauerspiel nun ein Ende. In seinem Entscheid vom 18. Juli stellt das Gericht klar, dass sehr wohl das Einigungsamt zuständig sei. Die Hoffnung bleibt, dass Syngenta dereinst noch Löhne nachzahlen muss.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/syngenta-schlappe**«Gastarbeiter» Eset Jashari erzählt**

Eine behelfsmässige Baracke für «Gastarbeiter»: Das hat sich nicht in grauer Vorzeit zugetragen. Sondern 1985. Da war Eset Jashari 21 Jahre alt. Aus Kumanovo im damaligen Jugoslawien (heute Nordmazedonien) hatte er Arbeit in der Schweiz gefunden. Zuerst nur drei Monate pro Jahr, um sein Studium zu finanzieren. 1989 begann er als Saisonnier. Immerhin: In der Baracke leben musste Jashari nur fünf Wochen. Doch auch die medizinische Kontrolle, die er bis in die 90er Jahre bei der Einreise erlebte, mutet an wie aus längst vergangenen Tagen: Die Arbeiter kamen in Sonderzügen. In Buchs SG mussten sie aussteigen und erst einmal warten. «Ein bis zwei Stunden, wenn du Glück hattest», sagt Jashari. Es konnten auch sechs Stunden sein. Dann musste jeder mit nacktem Oberkörper zum Röntgen antreten.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/eset-jashari**Referendum gegen Pro-Uber-Reglement**

Der US-Konzern Uber soll auch in St. Gallen freie Fahrt erhalten. Nicht einverstanden damit sind neben den Gewerkschaften auch jene Taxi-firmen, die sich an die Arbeits- und Sozialversicherungsgesetze halten. Die gewerbenähe und autofreundliche Gruppierung «Stadtstrasse» hat nun das Referendum ergriffen. Florian Kobler von der Unia Ostschweiz Graubünden begrüsst, «wenn das Volk das letzte Wort zu diesem untauglichen Reglement» haben kann. Gleichzeitig bereiten die Gewerkschaften auf kantonaler Ebene Vorstösse vor, die es Konzernen wie Uber künftig erschweren sollen, auf geltende Arbeits- und Sozialversicherungsgesetze zu pfeifen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/uber-referendum**Lohnflaute trotz Fachkräftemangel**

ZÜRICH. Die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich erwartet für 2025 einen durchschnittlichen Lohnanstieg von 1,6 Prozent. Dies entspricht genau den Inflationserwartungen für die nächsten zwölf Monate. Damit würden die realen Löhne in der Schweiz weiterhin unter dem Niveau von 2016 liegen und auch nächstes Jahr nicht steigen. Aufgrund der Umfrage bei etwa 4500 Unternehmen wird es im Gastgewerbe voraussichtlich die grössten Lohnerhöhungen geben (+2,7 Prozent). Die Beschäftigten im Detailhandel (+1,1 Prozent), Maschinenbau (+1,3 Prozent) und im Gesundheits- und Sozialwesen (+1,3 Prozent) müssen dagegen mit einem weiteren Rückgang ihrer Reallöhne rechnen. Die Forderungen der Gewerkschaften für die Lohnverhandlungen sind noch nicht bekannt. Letztes Jahr forderte der Schweizerische Gewerkschaftsbund 5 Prozent. Damit würden die Teuerung und der Lohnschwund der letzten Jahre kompensiert und die Mitarbeitenden an der gesteigerten Produktivität beteiligt.

Die Regierung ist gestürzt

DHAKA. Was als Protestbewegung von Studierenden begann, weitete sich zu Massenprotesten aus, dem sich auch Arbeiterinnen



MASSENPROTESTE: In Bangladesh hat das Volk gesiegt. FOTO: KEYSTONE

und Arbeiter anschlossen. Bei den wochenlangen Protesten wurden über 400 Menschen getötet. Anfang August verlor die Premierministerin Sheik Hasina, die während 20 Jahren zunehmend autoritär regierte, auch den Rückhalt der einflussreichen Armee. Nach der Flucht der Premierministerin wurde eine Übergangsregierung unter der Führung des 84-jährigen Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus gebildet. Bangladesh ist mit über 170 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern eines der bevölkerungsreichsten Länder der Welt.

Streik bei der «Tagesschau»

HAMBURG. Die «Tagesschau» der ARD konnte wegen eines mehrtägigen Warnstreiks beim Norddeutschen Rundfunk, zu dem die Gewerkschaft Verdi und der Deutsche Journalistenverband (DJV) aufgerufen hatten, nicht mit aktuellen Nachrichten ausgestrahlt werden. Die Beschäftigten im NDR traten aufgrund der unzureichenden Angebote im Rahmen der derzeitigen Lohnverhandlungen für feste und freie Mitarbeitende in den Streik. Der Arbeitgeber weigert sich seit mehreren Monaten bei den Lohnverhandlungen einen Teuerungsausgleich anzubieten.

Pflegeinitiative – Pflegende fordern vom Bundesrat:

«Wir brauchen die 35-Stunden-Woche»

Fast drei Jahre nach der Annahme der Pflegeinitiative präsentiert der Bundesrat einen Gesetzesvorschlag. Für die Pflegenden ist klar: Die Grundprobleme bleiben ungelöst.

IWAN SCHAUWECKER

Im November 2021 sagten 61 Prozent der Stimmenden Ja zur Pflegeinitiative – ein sensationeller Abstimmungssieg für eine gewerkschaftliche Initiative. Psychiatriepfleger **Willy Honegger** (62) hatte damals gehofft, dass die Betriebe die Arbeitsbedingungen eigenständig und schneller verbessern würden. Gegenüber work sagt er: «Die Situation für viele Pflegenden ist seither leider noch schlimmer geworden.» Durch das fehlende Personal und die vielen Abgänge werde die Belastung für die Mitarbeitenden immer grösser.



STIMMEN DER PFLEGENDEN

Nun versucht der Bundesrat, neben der Ausbildung der Pflegenden endlich auch die Arbeitsbedingungen in den Spitälern und Heimen zu verbessern,



WAS ES BRAUCHT: Pflegende wollen endlich bessere Arbeitsbedingungen, die Unia hat dazu das richtige Medikament entwickelt.

wie dies die Initiative fordert. Im Mai hat er einen ersten Entwurf des neuen Bundesgesetzes über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) veröffentlicht. Bis Ende August haben alle interessierten Organisationen Zeit, diesen Gesetzesentwurf zu kommentieren und Änderungen vorzuschlagen. Samuel Burri, Co-Verantwortlicher Pflege bei der Unia, sagt: «Wir wollten unsere Stellungnahme nicht am Schreibtisch entwickeln, sondern den Entwurf mit den Pflegenden besprechen und ihre Änderungsvorschläge aufnehmen.» Deshalb hat die Unia 20 Gruppendiskussionen mit über 100 Pflegenden in allen Teilen der Schweiz organisiert.

Paula Will (18) an einem solchen Treffen in Winterthur dabei. Sie ist in Ausbildung und arbeitet als Fachperson Ge-

Neben Willy Honegger war auch



sundheit (Fage) im Spital Schaffhausen. Sie sagt: «Ich hoffe, dass die positiven Seiten des Gesetzes zum Tragen kommen und damit bald zur Verbesserung des Wohls der Pflegenden und der Patientinnen beitragen.» Mit dem neuen Gesetz soll die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 50 auf 45 Stunden gesenkt werden, Überstunden sollen neu mit einem Zuschlag von 25 Prozent ausbezahlt werden, und Dienstpläne müssen künftig

müssen.» Eine 4-Tage-Woche bei 100 Prozent Lohn würde auch die Attraktivität des Berufs bei den Jungen deutlich steigern. Dieser Meinung ist auch Willy Honegger: «Alles in allem finde ich den Vorschlag des Bundesrates minimalistisch, und am Ende wird die Verantwortung auf die Kantone abgeschoben.»

LÜCKE IM GESETZ

Tatsächlich ist die Finanzierung der verbesserten Arbeitsbedingungen bisher nicht geklärt. Viele Spitäler machen bereits heute finanzielle Verluste, es kommt teilweise zu Stellenabbau (St. Gallen, work berichtete: rebrand.ly/abbau-im-spital), oder die Kantone müssen zusätzlich Geld einschiessen (Aargau). Auch

«Der Vorschlag des Bundesrates ist minimalistisch.»

PSYCHIATRIEPFLEGER WILLY HONEGGER

viele Pflegeheime sind in einer finanziell angespannten Situation. Unia-Pflegeexperte Burri sagt: «Ohne zusätzliche Finanzierung sind die besseren Arbeitsbedingungen, wie sie das BGAP festlegt, überhaupt nicht zu finanzieren.» Die Teilnehmenden an den Diskussionen und die Unia fordern den Bund auf, hier eine Lösung zu präsentieren, welche die zusätzlichen Kosten berücksichtigt und diese nicht auf die Prämienzahlenden abwälzt.

FACHTAGUNG

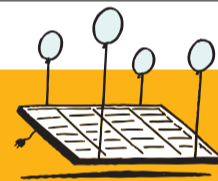
MANIFEST FÜR GUTE PFLEGE

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssen die Pflegenden auch mehr Zeit für die Beziehungsarbeit mit Patienten und Heimbewohnerinnen haben. Alte Menschen und Pflegefälle haben ein Anrecht auf eine Pflege mit menschlicher Nähe. Dazu muss die Arbeitsorganisation in den Heimen angepasst werden, weg von einer rein medizinischen Pflege hin zu mehr Beziehungsarbeit.

DISKUSSION. Am 31. August lädt die Unia zur Fachtagung Pflege in Olten und präsentiert das neue Unia-Manifest für gute Pflege.

Pflegende, Betagte und ihre Angehörigen sowie Wissenschaftlerinnen und Politiker diskutieren und skizzieren an der Fachtagung Auswege aus der Versorgungskrise. Nicolas Pons-Vignon, Professor für Arbeitswandel und soziale Innovation an der Fachhochschule Südwestschweiz (SUPSI), SP-Nationalrätin Farah Rumi und Magali Mangin, Aktivistin von La France insoumise sowie zahlreiche weitere Pflegeexpertinnen werden teilnehmen. Zur Anmeldung: rebrand.ly/fachtagung-pflege

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Stromgesetz: Ist es ein U-Boot aus Jürg Grossens Denkfabrik in Frutigen?

Auf den ersten Blick ist das mit der Umsetzung des Stromgesetzes etwas kompliziert. Wir weiss schon, was ZEV und LEG sind! Doch auch die Umsetzung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) war nicht ganz einfach. Kam aber trotzdem gut.

Erfahrungen mit politischen Prozessen lehren uns: oft ist alles ganz anders, als wir denken. Und manchmal übersehen wir das Wichtigste. Vier Beispiele:

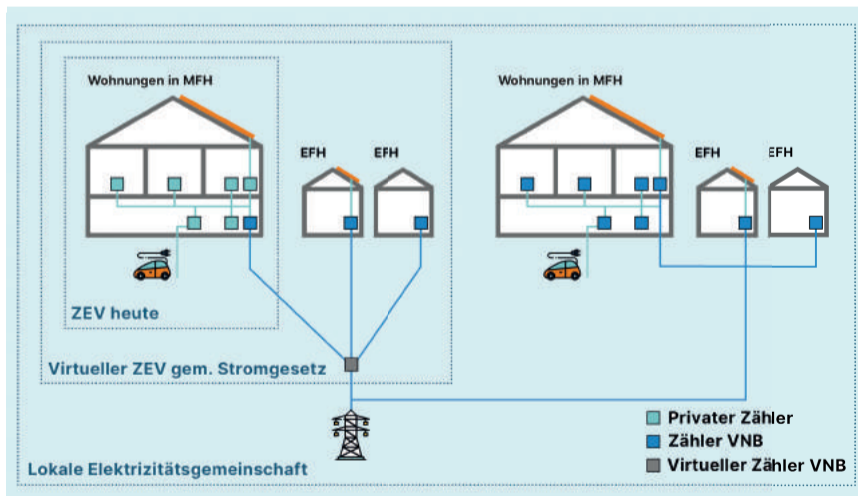
EIN GUTES BEISPIEL. Die Alpeninitiative wurde vom Volk und den Ständen angenommen. Weil ihr ehemaliger Präsident Andreas Weissen und ihr ebenfalls ehemaliger Geschäftsführer Alf Arnold in der ganzen Schweiz Unterstützung suchten und fanden. Und weil der Text sich vordergründig gegen ausländische Lastwagen wandte und mit dem Mythos Gotthard operierte: Eidgenossen hassen ausländische Lastwagen, ihre Liebe gilt den Alpen und vorab dem Gotthard. Die Umsetzung erfolgte dann EU-kompatibel. Schrittweise wurden die Vierzigtonner zugelassen. Und gleichzeitig die LSVA erhöht. Mit den Einnahmen von mehr als einer Milliarde Franken pro Jahr finanzierte man schwergewichtig die Neat-Tunnels.

EIN SCHLECHTES BEISPIEL. Das Schweizer Volk sagte Ja zur Zweit-

wohnungsinitiative von Umweltschutzaktivist Franz Weber. Seine Tochter Vera Weber liess sich im Rahmen der Gesetzesarbeiten von der SVP mit einem Bubentrickli über den Tisch ziehen: Jetzt gelten nur zum Schein bewirtschaftete Zweitwohnungen nicht mehr als Zweitwohnungen. In attraktiven Kurorten wie in Zermatt VS ist der Himmel in den zwei Zwischensaisons voller Kräne, es wird fröhlich weitergebaut. Ein gigantischer Bschiss.

EIN UNVERSTÄNDLICHES BEISPIEL. Die Verwaltungen der Pensionskassen fressen viel zu viel Geld. Nach den Berechnungen von Ökonom und SP-Mann Ruedi Strahm sind es 7,6 Milliarden pro Jahr. Deshalb soll jetzt der Umwandlungssatz gesenkt werden. Statt die Leistungen zu kürzen, müsste man aber die Verwaltungskosten auf 1 Milliarde Franken senken. Ist dank künstlicher Intelligenz kein Problem. Und parallel dazu die AHV stärken. Warum bleibt Strahm ein einsamer Rufer in der Wüste?

EINE STEILVORLAGE ALS BEISPIEL. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren immer wieder moniert, dass die Berechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen in Sachen AHV viel zu pessimistisch seien. Jetzt muss das Departement des Innern, das seit Jahr und Tag in SP- Händen ruht, zugeben: Wir haben uns verrechnet. Bis 2023 ist das Loch 14 Milliarden kleiner als bisher berechnet.



SO FUNKTIONIERT DER ZEV: Konsumentinnen und Konsumenten können sich über das Verteilernetz zusammenschliessen. FOTO: ZVG

Eine gute Nachricht mit bitterem Beigeschmack: Warum hat niemand entdeckt, dass die Software, die der Bund bisher verwendete, Fake-Zahlen produzierte?

Kann man aus Geschichten wie diesen etwas lernen? Es ist jedenfalls nicht verboten. Nationalrat, Ständerat und Volk haben das neue Stromgesetz hoch angenommen. Niemand wusste genau, was da drin stand. Die Weichen gestellt hat im wesentlichen der grünliberale Nationalrat Jürg Grossen mit seiner kleinen, feinen und innovativen Denkfabrik in Frutigen. Noch muss der Bundesrat Verordnungen erlassen, noch werden die Stromabzocker, die Albert Rösti nahestehen, versuchen, zu viel Bewegung zu verhindern. Wie erfolgreich sie das tun, werden

wir im Oktober 2024 wissen, wenn der Bundesrat die noch geheimen Verordnungen publiziert und in Kraft setzt. Versuchen wir zu begreifen, was geschehen wird:

Der Bundesrat muss festlegen, wie viel private Solarstromproduzenten für ihren Strom entschädigt bekommen, den sie ins Netz speisen. Offenbar werden das 4,5 Rappen pro Kilowattstunde sein. Das erhöht den Druck, dass mehr dezentrale Batterien installiert werden, um den Tag-und-Nacht-Ausgleich sicherzustellen und so das Netz zu entlasten. Der Preis der Batterien wird erfreulicherweise in den Keller rutschen.

ANTI-MONOPOLY. Das Gesetz sieht neu auch virtuelle Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch (ZEV) vor: Wer

auf der gleichen Netzebene unterwegs ist, kann den Strom ohne Netzkosten an Konsumentinnen und Konsumenten weiterverkaufen. Innerhalb der gleichen Gemeinde ist es zudem möglich, lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) zu schaffen.

Auf den ersten Blick ist das alles kompliziert. Aber es hat seinerzeit auch lange gedauert, bis Energieminister Moritz Leuenberger begriffen hatte, wie die LSVA funktioniert. Der rote Faden: wer gewinnen will, muss konzeptionell arbeiten und Karten in der Hinterhand behalten. Die Spielindustrie müsste also ein Anti-Monopoly auf den Markt bringen. Damit wir alle schneller begreifen, was da an Erfreulichem auf uns zukommt. Wenn Rösti uns nicht ausbremst.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/swissolar
Im ersten Anlauf versteht niemand, was da auf uns zukommt, mit ZEV, virtuellem ZEV und LEG, aber: kommt Zeit, kommt Rat, wie schon bei der LSVA.
- rebrand.ly/schwerverkehrsabgabe
Energieminister Moritz Leuenberger machte es 1998 in der Arena gut. Und alle Voraussagen von SVP-Chefideologe Christoph Blocher waren falsch.
- rebrand.ly/arena-lsva
Eine wunderbare Arena zur LSVA von 1996 mit dem damaligen SP-Chef Peter Bodenmann.

Sie finden alle Links direkt zum An-klicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»
www.workzeitung.ch



HÄNDE WEG VON DEN FRAUENRENTEN: Die nur knapp angenommene AHV-21-Reform stiess auf grossen Widerstand. FOTO: KEYSTONE

Spätes Milliarden-Geständnis des Bundesamtes für Sozialversicherungen

AHV systematisch schlechtgerechnet

Die finanzielle Lage der AHV ist in Milliardenhöhe besser, als bisher vom Bundesamt für Sozialversicherung behauptet. Bereits haben Gewerkschafterinnen Abstimmungsbeschwerden gegen das Mini-Ja zu höheren Rentenalter eingereicht.

CLEMENS STUDER

Seit der Einführung der AHV warnen Grossbanken und Versicherungen vor dem Zusammenbruch des wichtigsten Sozialwerks der Schweiz. Und ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter machen Politik mit den Horrorvorhersagen. Horrorvorhersagen, die das Bundesamt für Sozialversicherungen ihnen verlässlich lieferte. Die Gewerkschaften kritisieren das seit Jahrzehnten.

Die Prognosen haben zwei Gemeinsamkeiten:

1. Sie sagen Milliardendefizite voraus.
2. Sie sind nie eingetroffen.

Nach dem Jahr 2011 hat der damalige FDP-Bundesrat Didier Burkhalter die Szenarien des Bundes an jene des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes angenähert. Damit wurden die Prognosen leicht besser und lagen etwas näher an den tatsächlichen Ergebnissen. Aber sie rechneten weiterhin – ganz im Interesse der AHV-Gegnerinnen und -Gegner – das wichtigste Sozialwerk der Schweiz schlecht.

So weit, so bekannt. Was neu ist: Das Bundesamt gibt endlich zu, wie massiv falsch seine Rechnungsmodelle offensichtlich sind. Bringt also nicht mehr die Ausrede der «Ausreisser», sondern gibt zu: Wir haben die AHV systematisch schlechtgerechnet. Und zwar noch massiver, als bisher befürchtet.

NUR EIN FEHLER?

Angeblich sind zwei Formeln schuld, die seit 2019 verwendet werden. Weil sie falsch sind, hat die AHV ab 2027 jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung, als es der Bund bislang behauptete. Im Jahr 2027 rund 520 Millionen Franken, im Jahr 2033 werden es 4 Milliarden sein. Das entspricht beinahe dem Aufwand einer 13. AHV-Rente. Warum das Bundesamt trotz der fundierten Kritik an seinen Prognosen die

falschen Formeln so spät – und erst nach zentralen AHV-Abstimmungen – entdeckte, will SP-Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider jetzt genau wissen. Sie hat eine Administrativuntersuchung angeordnet. Diese wird durch die Zürcher Anwaltskanzlei Bratschi durchgeführt. Das Ergebnis soll bis Ende Jahr vorliegen.

ABBAU-POLITIK MIT FAKE-PROGNOSEN

Mit den falschen Zahlen des Bundesamtes machten und machen die AHV-Gegnerinnen und -Gegner aus SVP, FDP und GLP seit Jahren Politik. Bei der Abstimmung über die 13. AHV-Rente zum Glück erfolglos. Aber zum Mini-Ja zur Erhöhung des Frauenrentenalters dürften die um insgesamt 14 Milliarden Franken zu schlechten Prognosezahlen ebenso Einfluss gehabt haben wie die Lüge, die Frauenrenten würden dann bei den Pensionskassen verbessert (siehe Seiten 8 und 9).

Nach dem Volks-Ja zur 13. AHV-Rente befinden sich die rechten Parteien erst recht auf einem wahren Racheefeldzug: Abschaffung der Witwenrenten, Kürzung der Kinderrenten, Verweigerung des Teuerungsausgleichs auf Kompensation des höheren Frauenrentenalters, Kürzung des Bundesbeitrages für die AHV und so weiter und so fort – der bürgerliche Furor kennt kaum Grenzen. Immer «begründet» mit den falschen Prognosezahlen.

ABSTIMMUNG AUFHEBEN

Für die Annullation einer Abstimmung verlangt das Bundesgericht, dass der Fehler das Ergebnis beeinflusst hat. So hat es seinerzeit bei der erfolgreichen Beschwerde der damaligen CVP gegen die Abstimmung über die «Heiratsstrafe» formuliert. Bei der Erhöhung des Frauenrentenalters am 25. September 2022 gaben rund 30'000 von insgesamt über 2,8 Millionen abgegebenen Stimmen den Ausschlag. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist deshalb klar: mit realistischen Finanzszenarien wäre die Abstimmung anders ausgefallen.

In mehreren Kantonen haben unterdessen denn auch mehrere Gewerkschafterinnen Beschwerde gegen die Abstimmung vom 25. September eingereicht: konkret gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters. Denn diese wäre wohl ohne die falschen Horrorprognosen des Bundes anders ausgefallen. Die Abstimmung über die Erhöhung der

AHV-Prognosen: Immer in die gleiche Richtung falsch

Vorhersagen sind bekanntlich schwer, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Der faule Spruch mag lustig sein. Etwas faul ist, wenn die Prognosen immer in die gleiche Richtung falsch sind. So wie bei der AHV. Im Jahr 2000 behauptete der Bund, bis in 10 Jahren sei das AHV-Vermögen weg. Im richtigen Leben lagen die Reserven dann bei rund 44 Milliarden Franken. 2005 sagte der Bundesrat das AHV-Ende auf das Jahr 2017 voraus. Im richtigen Leben hatte die AHV dannzumal ein Vermögen von knapp 46 Milliarden Franken.

DER GALLIER. 2013 dann eine positive Zahl aus dem Bundeshaus. Das Bundesamt für Sozialversicherungen sagte für 2022 AHV-Reserven von rund 37 Milliarden Franken voraus. Doch selbst im Plus war die Prognose zu pessimistisch. Tatsache ist: Die finanzielle Situation der AHV ist gut. Weil sie immer besser abschloss als die Prognosen. Und weil sie auch in den nächsten Jahren gut abschliessen wird.



Pierre-Yves Maillard. FOTO: KEY

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard brachte die Fehlprognostiziererei so auf den Punkt: «Ich bin wie die Gallier. Ich habe mehr Angst davor, dass mir der Himmel auf den Kopf fällt, als dass die AHV bankrottgeht.» Eine überaus vernünftige Einschätzung. (cs)

Mehrwertsteuer zugunsten der AHV fiel dagegen mit über 55 Prozent Ja-Stimmen deutlich aus.

ABBAU STOPPEN

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt zu den Bundes-Fehlprognosen und den Abstimmungsbeschwerden: «Der Bund hat sich bei der AHV um Milliarden verrechnet. Fehler können passieren. Aber Fehler müssen korrigiert werden. Darum unterstützt die Unia die Gewerkschafterinnen, die gegen das Mini-Ja zur Erhöhung des Frauenrentenalters Abstimmungsbeschwerden eingereicht haben. Denn die falschen Zahlen des Bundes haben wohl entscheidend dazu beigetragen, dass den Frauen ein Jahr Rente gestohlen wurde. Auch das muss korrigiert und auch alle weiteren AHV-Abbaupläne des Bundesrates und der bürgerlichen Parteien sofort gestoppt werden.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DER NUKLEARE WAHNSINN

Das internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (Sipri) schreibt:

«Wir erleben einen der gefährlichsten Momente der Geschichte der Menschheit wegen der Vorherrschaft der nuklearen Waffen in den verschiedenen Konflikten der verschiedenen Regionen des Planeten.»

NUKLEARE ZEITBOMBE. 12 121 Nuklearsprengköpfe sind in Zirkulation, schreibt das Sipri. Die grosse Mehrheit davon gehört den USA (5400) und Russland (5580). 3900 davon, also fast ein Viertel, sind auf Interkontinentalraketen

Es geht hier nicht um Souveränität eines Einzelstaates, sondern um das Überleben der Menschheit.

und Stratosphärenbomben installiert. 2100 auf Interkontinentalraketen, die sich in höchster, permanenter Alarm-

bereitschaft befinden. Das heisst, sie sind zu jeder Tages- und Nachtzeit einsatzbereit.

In Genf ist eine wichtige Organisation beheimatet: ICAN, Campagne internationale pour l'abolition de l'arme nucléaire. ICAN hat 2017 den Friedensnobelpreis erhalten. ICAN berechnet die finanzielle Investition in den nuklearen Wahnsinn.

Die neun Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, haben zusammen 91,4 Milliarden investiert. Das weitaus grösste Budget ist jenes der USA mit 51,5 Milliarden US-Dollar. China kommt an zweiter Stelle mit 11,8 Milliarden, danach Russland mit 8,3 Milliarden.

Nach mühseligen, jahrelangen Verhandlungen hat die internationale Diplomatie einen Vertrag ausgehandelt, der die Staaten verpflichtet, auf Atomwaffen zu verzichten. 2021 trat der Vertrag in Kraft. Bisher haben 93 Staaten unterzeichnet. Der Vertrag ist eine Zivilisationserrungenschaft. Bei den Verhandlungen hat die Schweiz eine bedeutsame Rolle gespielt.

VÖLLIGER BLÖDSINN. Doch der Bundesrat lehnt es ab, den Vertrag zu unterschreiben.

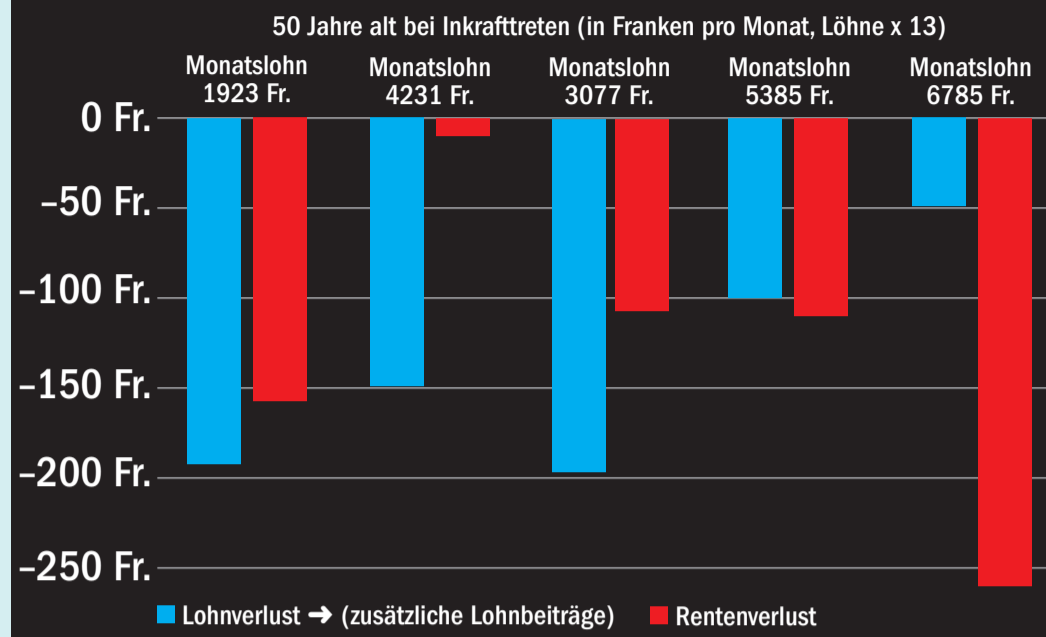
«Das ist völlig absurd und verantwortungslos», sagt der Historiker Josef Lang, Vordenker der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). Lang hat recht. Die GSoA hat als Teil einer Allianz für ein Atomwaffenverbot jetzt eine Initiative für den Beitritt der Schweiz zum TPNW lanciert. Die kommenden Monate versprechen in der Schweiz heftige Diskussionen. Die Haltung des Bundesrates ist unannehmbar. Er sagt, er könne den weltweiten Atomwaffenvertrag nicht unterschreiben, weil er der Souveränität der Schweiz höchste Priorität zumesse. Blödsinn!

Es geht hier nicht um Souveränität eines Einzelstaates, sondern um das Überleben der Menschheit. Jeder Staat, der das Verzichtsabkommen unterschreibt, erhöht den Druck auf die Nuklearmächte und bringt die Menschheit einem Totalverzicht auf Atomwaffen näher. Die Initiative will den Bundesrat zwingen, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben. Sie erfordert unsere energische, bedingungslose Mobilisierung und Solidarität.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Von wegen «Für die Frauen»

Konsequenzen der BVG-Reform: weniger Lohn, weniger Rente



Pensionskasse der Coiffeusen
(über 80% Frauen; Löhne unter 5000 Fr. pro Monat)

80%
der Frauen über 50 Jahren erhalten weniger Rente!

Pensionskasse im Autogewerbe
(Löhne zwischen 6000 und 7000 Fr. pro Monat)

66%
der Versicherten über 50 Jahren erhalten weniger Rente!

Es war das grosse Versprechen der Bürgerlichen, dass die Frauen bessere Pensionskassen-Renten bekommen, wenn sie zuerst brav ein Jahr länger arbeiten. Neben den kreuzfalschen AHV-Prognosen (siehe Seite 7) war es wohl der Hauptgrund für das Mini-Ja zur AHV-21-Vorlage im vergangenen Herbst. Doch wie von den Gewerkschaften befürchtet und wenig überraschend, brachen die Bürgerlichen ihr Versprechen. Auch wenn gerade GLP-Frauen weiterhin behaupten, die BVG-Reform bringe Teilzeitarbeitenden und Frauen bessere Renten, sie werben mit einer Scheinlösung: Teilzeitarbeitende – und das sind in der Mehrheit Frauen – werden zur Kasse gebeten, ohne dass sie mit einer höheren Rente rechnen können.

RENTENLÜCKE DER FRAUEN
Zwar werden Teilzeitarbeitende auf dem Papier besser abgesichert als bisher. Doch dieses Problem haben 90 Prozent der Pensionskassen bereits für sich gelöst. Und die Resultate zeigen: Während Teilzeitleösungen

in der zweiten Säule bereits weitestgehend umgesetzt sind, bleibt die Rentenlücke der Frauen unverändert gross. Auswertungen aus Pensionskassen zeigen, dass auch mit einem angepassten Koordinationsabzug Frauen einen Drittel weniger Rente erhalten. Berufstätige Mütter mit Betreuungsaufgaben werden deshalb auch mit dieser «Reform» im Alter nicht besser dastehen. Im Gegenteil: Viele Frauen werden also trotz höheren Abzügen noch weniger Rente erhalten.

Und noch fieser: Ausgerechnet jene Mehrfachbeschäftigten, die am allerdringendsten auf bessere Renten angewiesen wären, hätten auch bei einem Ja zur Reform weiterhin keinen PK-Anschluss. Geradezu eine Einladung an verantwortungslose Arbeitgebernde, noch mehr darauf zu achten, keine Verträge auszustellen, die einen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen. Fazit: Die BVG-Revision löst keines der Probleme für Teilzeitarbeitende und verschärft im Gegenteil deren Lage weiter.

BVG: Bschiss oder Pfusch? Beides!

work sagt, warum ein Nein am 22. September zur BVG-Revision für (fast) alle so wichtig ist

Die BVG-Vorlage vom 22. September löst kein einziges Problem. Berufstätige bezahlen noch mehr für noch weniger Rente. Und die Pensionierten warten weiter vergeblich auf einen Teuerungsausgleich. Ärgern über ein Nein würden sich nur die Banken, Versicherungen und dubiose Makler.

CLEMENS STUDER

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit sagt oft Ja zu Dingen, die der Mehrheit im Land schaden. Manchmal pfuscht das Parlament auch. Ab und zu schaffen es SVP, FDP, GLP und Mitte sogar, im Gleichschritt eine Bschiss-Vorlage gleich auch noch handwerklich zu verpfuschen. Am 22. September stimmen wir über eine solche ab.

KURZER BLICK ZURÜCK

Das Schweizer Pensionskassensystem bröckelt seit Jahren. Die Versicherten erhalten für höhere Abzüge niedrigere Renten. Kaum eine laufende Rente wird der Teuerung angepasst. Die Banken und Versicherungen können ihre früheren vollmundigen Versprechen nicht mehr einhalten. Die Rentensituation für immer mehr Menschen wird immer schwieriger. Einzig für die Finanzindustrie läuft das BVG-Geschäft wie geschmiert. Die Manager und das Aktionariat von Banken und Versicherungen profitieren.

GEWERKSCHAFTEN BOTEN HAND

Das Pensionskassensystem ist zwar massiv angekränkt, aber noch kein Scherbenhaufen. Der Bundesrat beauftragte darum die Gewerkschaften und die Arbeitgeber damit, einen Vorschlag auszuarbeiten, um die Probleme im BVG zu lösen. Die liefertern. Der sogenannte Sozialpartner-Kompromiss hätte die Renten für alle gesichert, das BVG modernisiert und dank einem solidarisch finanzierten Rentenzuschlag nicht nur die Renten jener Arbeitnehmenden gesichert, die in den letzten Jahren besonders gelitten haben, sondern auch die Renten der Frauen ohne hohe Zusatzkosten sofort verbessert. Kurzum: Der von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern ausgearbei-

tete Kompromiss war zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber halbwegs sozialverträglich. Das sah auch der Bundesrat so und machte ihn zu seinem.

RECHTE TÄUBELN

Wohlgermerkt: nachdem in einer breiten Vernehmlassung keine überzeugenderen Vorschläge gekommen waren. Die von Banken, Baumeistern, Detailhändlern und Gewerbeverband vorgelegten «Sanierungsmodelle» unterschieden sich zwar in Nuancen, hatten aber alle eines gemeinsam: Sie waren gegen die Interessen der unteren und mittleren Einkommen. Und sie wollten nichts an der Benachteiligung der Frauen im BVG ändern. Ähnlich lief es in der Vernehmlassung; die rechten Parteien von SVP bis GLP bliesen in unterschiedlichen Tönen ins gleiche Horn. Der Bundesrat sah dieses rechte Täubeln nicht als zielführend an und schickte den Sozialpartner-Kompromiss in den parlamentarischen Prozess.

PARLAMENT AUSSER RAND UND BAND

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit machte daraus im Auftrag der Finanzindustrie und der ideologischen Gewerbetreibenden eine milliardenure Abbau-Vorlage. Dabei überboten die bürgerlichen Parlamentarierinnen und

Parlamentarier im Bemühen, die leicht unterschiedlichen speziellen Wünsche alle gleichzeitig zu erfüllen. Am Schluss verabschiedeten die geschlossenen Fraktionen von GLP und FDP zusammen mit den Mehrheiten von SVP und Mitte eine völlig verpfuschte Vorlage, von der sogar Fachleute aus dem Bundesamt für Sozialversicherung warnten. Gewerbetreibende und Bauern aus SVP und Mitte wurde es ebenfalls ein bisschen unheimlich, und sie enthielten sich der Stimme oder sagten gar Nein.

DIE VIER WICHTIGSTEN NEIN-GRÜNDE:

- Pensionskassen-Vorlagen sind oft komplex und verwirrend. Gegen die Vorlage vom 22. September sprechen folgende vier Hauptgründe:
- Noch mehr bezahlen für noch weniger Rente? Mit dem BVG-Bschiss drohen den Versicherten zusätzliche Rentenkürzungen von jährlich bis zu 3200 Franken pro Person. Und dafür sollen sie erst noch deutlich mehr bezahlen. Bis zu 200 Franken im Monat!
- Geringverdienende sind besonders betroffen! Die geplante Senkung des Umwandlungssatzes schwächt die Rentengarantie für alle. Besonders

betroffen sind Personen mit kleinen Einkommen und/oder Mehrfachpensen. Sie müssten viel höhere Lohnbeiträge in die Pensionskasse einzahlen ohne Garantie, dass sie später bessere Renten bekommen. Darunter leiden besonders viele Frauen.

- Laufende Renten sind immer weniger wert! Der Teuerungsausgleich auf Renten rückt bei einem Ja zur Revision in weite Ferne.
- Nur Banken und Versicherungen profitieren! Die einzige Profiteurin der unsozialen BVG-Reform ist die Finanzindustrie. Banken und Versicherungen stecken sich jedes Jahr Milliarden von unserem Altersguthaben in die eigenen Taschen.

WAS PASSIERT BEI EINEM NEIN...

Zentral ist: Bei einem Nein zum BVG-Bschiss wird nichts schlechter als bisher. Aber vieles kann besser werden. Denn die meisten Probleme, die von den Befürwortern angeblich gelöst werden wollen, sind entweder nicht mehr relevant oder werden durch die Bschiss-Vorlage nicht entschärft. Zum Beispiel ist die Umverteilung von Jung zu Alt längst gestoppt. Teilweise sogar schon umgekehrt. Die Probleme der zu schlechten Versicherungsleistungen für Teilzeitarbeitende haben 90 Prozent der Kassen angepackt.

Die zwei grossen Probleme bei den Pensionskassen geht die Revision nicht an oder verschlimmert sie sogar.

... MIT DEN FRAUENRENTEN...

Das Problem der tiefen Frauenrenten bei den Pensionskassen ist nicht «einfach» mit einem tieferen

Koordinationsabzug zu lösen (siehe Grafik oben links). Die tiefen Frauenrenten im BVG sind eine direkte Konsequenz daraus, dass die Mehrzahl der unbezahlten Care-Arbeit immer noch von Müttern geleistet wird. Darum müssen mehr bewährte Elemente aus der AHV ins BVG einfließen. Zum Beispiel das konsequente Splitting der Altersguthaben und die Anerkennung der Care-Arbeit.

... UND DEM TEUERUNGS-AUSGLEICH?

Das grösste Problem bei den laufenden Pensionskassen-Renten ist die Verweigerung des Teuerungsausgleichs. Dieser wurde den Stimmbürgerinnen und -bürgern vor über einem halben Jahrhundert versprochen. Und noch heute warten die Pensionierten darauf. Und so können sich die Rentnerinnen und Rentner mit ihrer Rente jedes Jahr weniger kaufen. Auch dieses alte und immer drängendere Problem hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit in dieser Reform nicht anpacken wollen. Bei einem Ja können aktuelle und zukünftige Rentnerinnen und Rentner noch weitere Jahrzehnte warten.

FAZIT: Die BVG-Vorlage, über die wir am 22. September abstimmen, ist ein Bschiss und ein Pfusch. Bei einem Nein wächst der Druck, die wahren Probleme richtig zu lösen. Der Sozialpartner-Kompromiss hat eine mögliche Richtung aufgezeigt. Und ein Nein ist ein deutliches Zeichen für eine Reform im Sinne der Mehrheit in diesem Land und nicht im ausschliesslichen Interesse der Banken und der Versicherungskonzerne.

Parolen: Arbeitgeber-Verbände sind tief gespalten



NEIN-FRONTFRAU: SVP-Wirtin Esther Friedli.

Der BVG-Bschiss spaltet die Gewerbeverbände. Wirtinnen und Coiffeure, Bäcker und Fitnesstrainerinnen sagen ebenso Nein wie die Metzger. Der Westschweizer Arbeitgeberverband Centre Patronal auch. Im Gewerbeverband haben sich die Ver-

bandsideologen zwar mit einer Ja-Parole durchgesetzt, doch an der Basis ist der Unmut weiter gewachsen. Unterdessen hat sich ein gewerbliches Nein-Komitee gegründet. Frontfrau ist SVP-Ständeträtin und Wirtin Esther Friedli. Sie hat bereits im Parlament gegen die BVG-Reform gestimmt. Der «NZZ am Sonntag» sagte sie: «Warum sollten wir alle mehr zahlen, wenn die Arbeitnehmer am Schluss gar nicht mehr davon haben?». Spannend wird es am Samstag nach Erscheinen dieser work-Ausgabe. Dann fassen die SVP-Delegierten die Parolen zur BVG-Vorlage. Im Parlament hat sich Parteipräsident Marcel Dettling der Stimme enthalten, und Vize-Chefin Magdalena Martullo-Blocher hat Nein gestimmt. Jetzt soll Nationalrat Andreas Glamer die SVP-Delegierten von einem Ja überzeugen. Für ein Nein zum BVG-Bschiss legt sich SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard ins Zeug. (cs)

45JÄHRIGER FACHVERKÄUFER IM GROSSHANDEL



Monatslohn 7100 Franken

42 Fr. mehr Abzüge
285 Fr. weniger Rente

FAZIT: Jeden Monat höhere Mehrkosten und trotzdem massiv weniger Rente aus der zweiten Säule. Dieser BVG-Bschiss ist auch für ihn ein echtes Verlustgeschäft.

25JÄHRIGE MEDIZINISCHE PRAXISASSISTENTIN



Monatslohn 4900 Franken

74 Fr. mehr zahlen
nur 47 Fr. mehr Rente

FAZIT: Sie hat ein Leben lang höhere Kosten und weniger Lohn auf dem Konto für nur wenig mehr Rente. Selbst wenn sie das Geld bar unters Bett legt, hat sie am Ende mehr als mit dieser BVG-Reform.

49JÄHRIGE MITARBEITERIN EINER KITA (FACHPERSON BETREUUNG)



Monatslohn 5400 Franken

100 Fr. mehr Abzüge
127 Fr. weniger Rente

FAZIT: Diese Vorlage ist ein Bschiss: Mehr bezahlen für weniger Rente.

49JÄHRIGER BUS-CHAUFFEUR



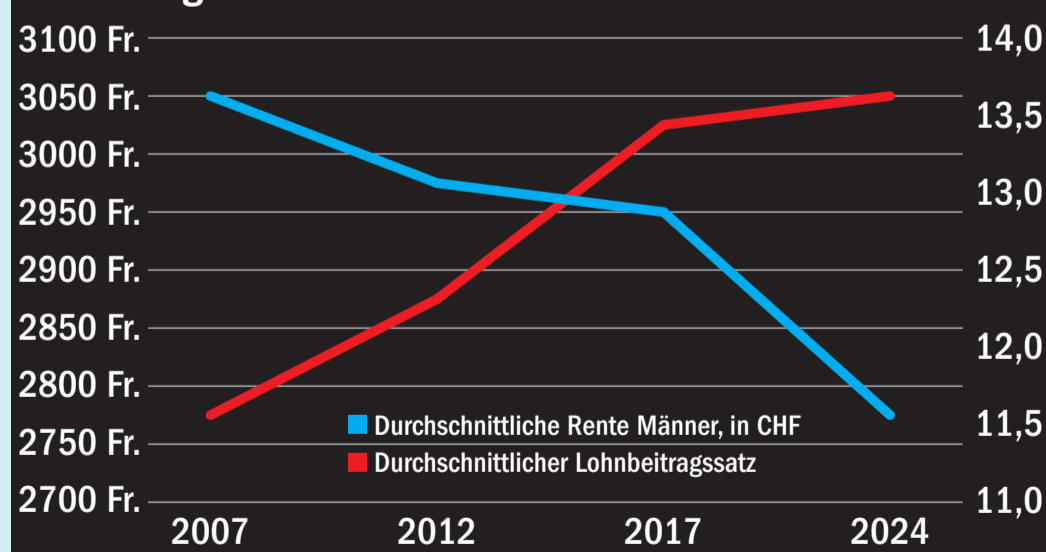
Monatslohn 5525 Franken

100 Fr. mehr Abzüge
127 Fr. weniger Rente

FAZIT: Auch er bezahlt bei einem Ja zum BVG-Bschiss mehr für weniger Rente.

Seit Jahren: Die Lohnabzüge explodieren, die Renten schmelzen

Lohnabzüge immer höher...

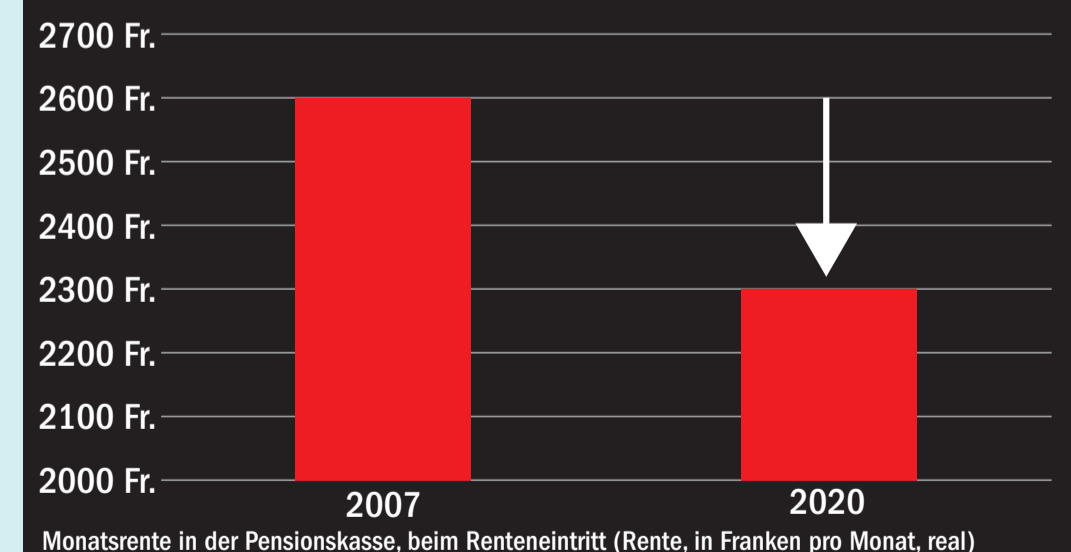


Seit Jahren sinken die Renten und die Rentenversprechen der Pensionskassen. Gleichzeitig steigen die Lohnabzüge immer weiter. Heute bekommen Rentner durchschnittlich 300 Franken weniger pro Monat als vor 15 Jahren. Das bedeutet einen Verlust von 3600 Franken pro Jahr! Während die Lohnbeiträge im selben Zeitraum um 14 Prozent erhöht wurden. Die Zahlen aus der neuesten Neurentenstatistik des Bundes (keine Prognose, ausgezählt): Seit 2015 ist die mittlere Pensionskassenrente der Männer um 9,5 Prozentpunkte gesunken. Noch immer erhalten fast ein Drittel der Frauen

keine Pensionskassen-Rente. Die Hälfte der frisch pensionierten Frauen erhalten eine PK-Rente von weniger als 1217 Franken pro Monat. Dazu kommt, dass die Pensionskassen-Renten nicht an die Teuerung angepasst werden. Berücksichtigt man die Teuerung, bedeutet dies seit 2015 einen zusätzlichen Wertverlust von fast 5 Prozent. Das heisst, die Renten sind kaufkräftiger in den letzten acht Jahren rund 14 Prozent gesunken.

Doch auch dieses Problem löst die BVG-Revision nicht. Im Gegenteil, sie verstärkt es: Für noch

...Renten immer tiefer



mehr Lohnabzüge soll es noch weniger Rente geben. Und die mickrigen Kompensationszahlungen sollen die Versicherten zudem noch gleich selbst finanzieren. Die von den Befürworterinnen und Befürwortern des BVG-Bschiss so gerne ins Feld geführten «grosszügigen» Kompensationsen sind völlig untauglich und gesetzgeberisch ein Pfusch.

MASSIVE EINBUSSE

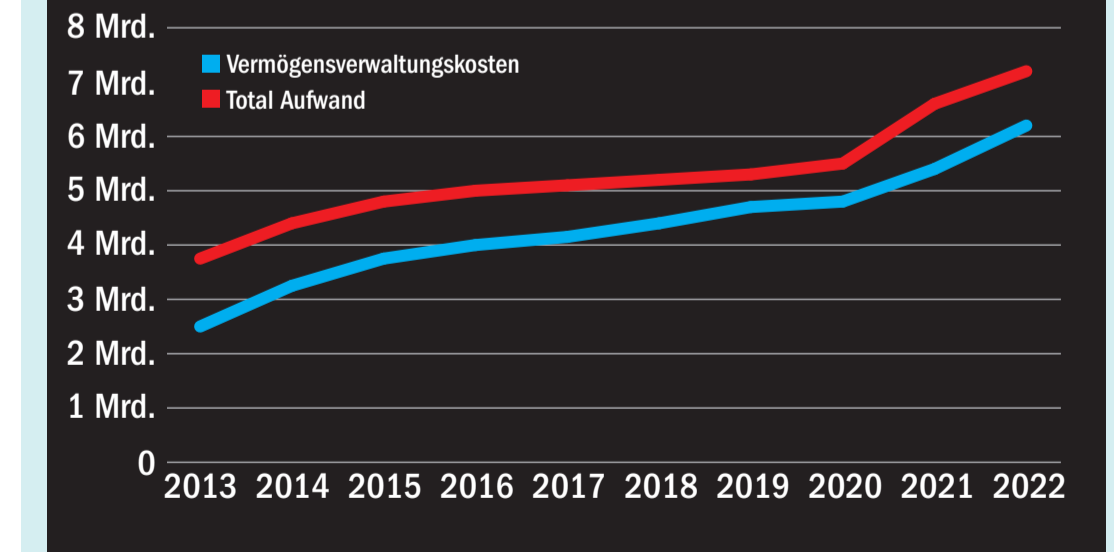
Erstens werden über die Hälfte aller Betroffenen keine Kompensation erhalten. Geschützt sind nur Renten bis rund 1000 Franken – unter

einer ganzen Reihe von Einschränkungen, die gerade Frauen und Geringverdienende in grosser Zahl von den Kompensationen ausschliessen. Wer aktuell Anspruch auf mehr als 1000 Franken im Monat hat, muss mit massiven Einbussen rechnen.

Bezahlen sollen für die Kompensationen die Versicherten gleich selber. Das heisst, natürlich nicht alle. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat Bestverdienende und Abzocker geschont: Löhne über 150000 Franken müssen sich nicht am Ausgleich beteiligen. Alle anderen schon.

Die Profiteure: Versicherungen, Banken und andere Abzocker

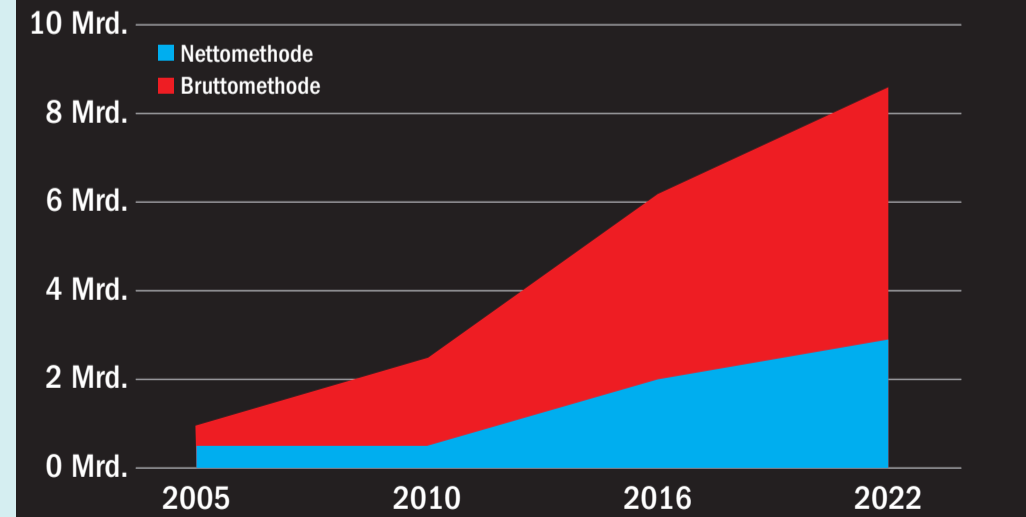
Kosten in der zweiten Säule haben sich fast verdoppelt



Pensionskassen sind ein gutes Geschäft. Ein enorm gutes Geschäft. Leider immer weniger für die Versicherten, dafür immer mehr für die Finanzindustrie. Seit dem Obligatorium verdienen sich Versicherungen, Banken und dubiose Makler eine goldene Nase am Alterskapital der Lohnabhängigen. Es geht um enorme Summen für Abzockermanager und Aktionärinnen und Aktionäre. Ein paar Zahlen:
● Mittlerweile verwalten die Pensionskassen rund über eine Billion Franken an Altersguthaben. Das ist 1,5 Mal so viel wie

das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz. Das BIP erfasst die gesamte Wertschöpfung eines Landes, also im wesentlichen den Mehrwert, den die Lohnabhängigen erarbeiten. Davon zwackt die Finanzindustrie 8,6 Milliarden Franken als Verwaltungs- und Vermögensverwaltungskosten ab (Stand 2022).
● Das sind im Schnitt 1500 Franken pro Versicherten und Rentenbeziehenden.
● Durchschnittlich 18,7 Prozent aller Renten- und Kapitalzahlungen 2022. Das sind enorme Summen. Da stecken enorme Profite dahinter. Bezahlt von den Lohnabhängigen

Hohe Gewinne der Versicherungen aus den Pensionskassenbeiträgen (kumuliert)



und den Firmen mit Lohnabzügen. Bezahlt von den Rentnerinnen und Rentnern, denen der Teuerungsausgleich auf ihre Renten verweigert wird und deren Rente deshalb über die Jahre immer weniger wert ist. Weil das BVG ein so enorm gutes Geschäft für Banken und Versicherungen ist, stecken sie enorm viel Geld in ihre Lobbyarbeit. Darum scheitern alle Vorstösse, die wenigstens die stossendsten Auswüchse stoppen wollen. Und nicht einmal Vorschläge für mehr Transparenz bei den «Vermögensverwaltungskosten» haben im Parlament eine Chance. Zu nahe stehen bür-

gerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier den Geldtöpfen der Finanzindustrie. Auch die BVG-Reform, über die wir jetzt abstimmen, trägt nicht nur die Handschrift der Banken und Versicherungen – sie wurde von ihnen geschrieben (siehe Hauptartikel). Für die laufende Abstimmungskampagne stehen SVP, FDP, GLP und Mitte Millionen aus den Verbandskassen zur Verfügung. Denn die Reform löst keines der Probleme der Versicherten und der Rentnerinnen und Rentner. Sie sichert aber in schon fast dreister Weise das Geschäft der Finanzindustrie. Wie gut das läuft, zeigen die Grafiken oben eindrücklich.

Fehlender Schutz vor missbräuchlicher Kündigung

Arbeitsplatzverlust hinterlässt tiefe Narben

Kündigungsschutz in der Schweiz: 20 Jahre Blockade

2003 Der SGB reicht erstmals eine Klage beim Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der IAO wegen Verletzung der IAO-Übereinkommen 87 und 98 ein.

2004–2006 Der IAO-Ausschuss fordert die Schweiz auf, ihren Kündigungsschutz zu verbessern. Insbesondere werden eine Erhöhung der maximalen Entschädigung und die Möglichkeit der Wiedereinstellung bei missbräuchlichen Kündigungen gefordert.

2009–2010 Der Bundesrat schlägt vor, den Kündigungsschutz zu erweitern, u. a. auch für Gewerkschaftsvertreter. Diese Vorschläge scheitern jedoch am Widerstand der Arbeitgeber.

2015 Gutachten, die im Auftrag des Seco erstellt wurden, zeigen auf,



UNTÄTIG: Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP). FOTO: KEYSTONE

dass das schweizerische Kündigungsrecht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstösst und im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ist.

2016–2019 Weitere Berichte und Urteile, einschliesslich eines EGMR-Urteils, betonen den unzureichenden Schutz in der Schweiz. Die IAO setzt die Schweiz auf eine Liste der bedenklichsten Fälle von Verletzungen ihrer Konventionen.

2019–2023 Mediation zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften wird gestartet, jedoch ohne Ergebnis sistiert.

Die Arbeitgeber weigern sich stur, den Schutz vor missbräuchlichen Kündigungen zu verbessern, und das seit über 20 Jahren. Jetzt fordert eine Gewerkschafts-Delegation von Bundesrat Parmelin endlich abschreckende Massnahmen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Zum Jahresende 2023 gab's vom Bundesrat für die Lohnabhängigen statt Neujahrswünschen eine Ohrfeige: In seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause beschloss er, den Kündigungsschutz nicht an internationale Mindeststandards anzupassen (work berichtete: rebrand.ly/kündigungsschutz). Seither hat Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) nichts gegen missbräuchliche Kündigungen unternommen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hingegen schon: Im Juni hat er die Schweiz auf der Rangliste für Vereinigungsfreiheit und Schutz der Arbeitsrechte in die Kategorie «Regelmässige Rechtsverletzungen» herabgestuft. Wie peinlich für ein demokratisches Land! Deshalb fordern von

«Es ist betrüblich, dass der Bundesrat den Stier nicht bei den Hörnern packt.»

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA

missbräuchlicher Kündigung Betroffene, Unia-Präsidentin Vania Alleva und Luca Cirigliano vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund von Bundesrat Parmelin abschreckende Massnahmen gegen missbräuchliche Kündigungen: zum Beispiel Strafen von mindestens zwölf Monatslöhnen oder die Wiedereinstellung der Entlassenen. Zudem arbeitet die Unia an der Lancierung einer Initiative zur Verbesserung des Kündigungsschutzes. Zum Treffen mit Parmelin sagte Unia-Präsidentin Alleva: «Es ist betrüblich, dass der Bundesrat



KLARE FORDERUNGEN: Unia-Präsidentin Vania Alleva hat mit einer Gewerkschaftsdelegation den Bundesrat besucht. FOTO: UNIA

den Stier nicht bei den Hörnern packt. Die Schweiz verfügt über einen absolut unzureichenden Schutz vor Entlassungen und muss dringend handeln.»

FÜR MÜTTER UNHALTBAR

Seit über zwanzig Jahren weigern sich die Arbeitgeber stur, den fehlenden Schutz für gewerkschaftlich aktive Arbeitnehmende zu verbessern. So stur, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund 2003 eine Klage depониerte. Die Schweiz hat zwar die entsprechende Konvention Nr. 98 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, setzt sie aber nicht um. Der schwache Kündigungsschutz ist auch für Arbeitnehmende in verletzlichen Situationen unhaltbar: Personen, die krankheitsbedingt ausfallen, Mütter und ältere Arbeitnehmende sind besonders oft von unfairen und missbräuchlichen Kündigungen betroffen. Dabei kann eine missbräuchliche Kündigung ein traumatisches Erlebnis sein, wie ein Betroffener am Treffen mit Bundesrat Parmelin berichtete:

«Nach mehr als 32 Jahren, in denen ich mich Jahr für Jahr mit tadelloser Leistung für mein Unternehmen eingesetzt hatte, wurde ich brutal entlassen. Es war nicht einfach nur das Ende eines Arbeitsvertrags, sondern der Abschluss einer Ära. Mit mehr als 85 Dienstjahren, die mein Vater, mein Bruder und ich zusammen in diesem Unternehmen verbracht hatten, bedeutete dies weit mehr als nur einen Job, sondern eine gebrochene Familienära.

Als Mitglied des Personalausschusses habe ich über fünf Jahre lang daran gearbeitet, allen Kolleginnen und Kollegen konkrete Vorteile zu bieten, um ihre Familienbudgets so gut wie möglich zu entlasten.

Ich war auch mehr als fünf Jahre im Stiftungsrat der Pensionskasse des Unternehmens und Mitglied mehrerer Branchenausschüsse der Gewerkschaft, wobei mein Engagement mit meiner Entlassung ein abruptes Ende fand. Darüber hinaus hielt sich das Unternehmen nicht an das in unserem GAV vorgesehene Verfahren bei der Entlassung von Personalvertretern.

Diese Entlassung hinterlässt tiefe Narben in allen Aspekten meines Lebens.

Sie zerbrach berufliche und persönliche Bindungen, die ich im Laufe der Jahre liebevoll geknüpft hatte, sie erschütterte meine Gewissheiten, brachte mein familiäres Gleichgewicht durcheinander und löschte die Flamme meines inneren Wesens aus. Ich fand mich verloren, ohne Kompass, gefangen in einem

«Die Entlassung löschte die Flamme meines inneren Wesens aus.»

OPFER EINER MISSBRÄUCLICHEN KÜNDIGUNG

Strudel unbeantworteter Fragen, überwältigt von Schuldgefühlen, die mein Selbstvertrauen untergruben und meinen Sturz in eine endlose Dunkelheit beschleunigten.

Der Verlust meines Arbeitsplatzes bedeutete mehr als nur den Wegfall einer Einkommensquelle, es war auch der Verlust meiner Wurzeln und meiner täglichen Orientierungspunkte, meiner Identität und meines wertvollen beruflichen Netzwerks, mit dem ich mich über die Jahre hinweg verbunden hatte.»

Was ist aus der Klimabewegung geworden? Besuch im Basler Klimacamp Links zur Revolution, rechts zum Klimadesaster

Die grossen Klimademos sind Geschichte, die Klimabewegung aber nicht. Das Collective Climate Justice (CCJ) hat in Basel ein Klimacamp organisiert, work war vor Ort.

IWAN SCHAUWECKER

Im «No Borders Klimacamp» frühstückten an diesem Dienstagmorgen im Schatten der Bäume etwa 40 Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten. Während einer Woche besetzten sie einen Park im ehemaligen Basler Industriequartier Klybeck (rebrand.ly/giftiges-erbe). Meret Schefer (20), Mediensprecherin des Klimacamps, sagt: «Das Camp soll den Leuten zeigen, dass ein Leben ohne Kapitalismus möglich ist und dass diese Utopie auch schön und für alle zugänglich ist.» Schefer ist seit fast sechs Jahren beim Klimastreik dabei. Über das Klimacamp sagt sie: «Es beginnt hier im kleinen, indem wir zueinander schauen, indem wir



KLIMA UND GRENZEN: Die Aktivistinnen Meret Schefer (l.) und Ella Lamy vor den Stickereien zum Thema Migration. FOTO: ISC

darauf achten, woher das Gemüse kommt, und gemeinsam für eine grosse Gruppe kochen.» Die Wegweiser im Camp zeigen links Richtung «Revolution» und rechts Richtung «Klimadesaster».

ENERGIEVERSORGUNG. Während einer Woche gibt es im Camp theoretische und praktische Workshops und kulturelle Veranstaltungen. Eine Arbeitsgruppe aus Bern präsentiert ihre Vision zur Ver-

gesellschaftung der lokalen Energieversorgung. Die meisten Zuhörerinnen und Zuhörer sind zwischen 18- und 25-jährig. Die Energieunternehmen seien ein Schlüsselsektor und müssten ausserhalb des kapitalistischen Systems organisiert werden, sagt einer der Aktivistinnen. Auch die Biologiestudentin Ella Lamy (25) vom CCJ sieht das so: «Die Mehrheit der Bevölkerung verliert durch den Kapitalismus, auch in der privilegierten Schweiz.»

Der Bau des Gas-Reservekraftwerks in Birr oder der Widerstand des Parlaments gegen das Urteil des Gerichtshofs für

Die Institutionen sind nicht fähig, eine klimagerechte Politik zu machen.

Menschenrechte in Strassburg zeigten deutlich, dass die heutigen politischen Institutionen nicht fähig seien, eine klimagerechte Politik zu machen.

ANNULLIERTES VISUM. In einem anderen Zelt hängen gestickte Motive zum Thema Migration, die in einem Stickworkshop entstanden sind. Mediensprecherin Schefer sagt: «Weil der Bund und die Konzerne die Klimakrise vordringen, werden weltweit sehr viele Menschen zur Flucht gezwungen.» Gleichzeitig finanziere die Schweiz die «Festung Europa» jährlich

mit Dutzenden von Millionen. Das übergeordnete Thema des Camps sei deshalb die internationale Solidarität, «No borders – keine Grenzen». Damit sollen die globalen Zusammenhänge der Klimakrise verdeutlicht werden. Für eine aussereuropäische Perspektive hätte auch ein Gast aus Marokko anreisen sollen, doch sein Visum wurde kurzfristig annulliert. Am Abend gebe es aber ein Konzert von Personen aus dem nahe gelegenen Asylzentrum.

WIDERSTAND. Von den Gewerkschaften erwartet die Aktivistin Meret Schefer, dass sie gemeinsam mit der Klimabewegung Widerstand gegen die zerstörerische Politik des Bundesrates und der Konzerne leisten. Schefer sagt: «Wir müssen aufzeigen, dass die Klimakrise für Arbeitende eine extreme Belastung und eine Gefahr ist, und diesen Kampf gegen die Schweizer Regierung und Konzerne gemeinsam führen.»

ILO-BERICHT ZU HITZE STILLER KILLER

«Hitze ist ein stiller Killer, der die Gesundheit und das Leben von immer mehr Arbeitnehmenden in allen Teilen der Welt bedroht», schreibt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in einem neuen Bericht (rebrand.ly/stiller-killer). Demnach sind mindestens 2,5 Milliarden Arbeitnehmende übermässiger Hitze ausgesetzt. Mit drastischen Folgen: Jährlich verzeichnet die ILO fast 23 Millionen hitzebedingte Krankheiten und Unfälle und fast 19 000 Hitzetote.

ANSTIEG. Gebiete, die bisher nicht unter extremer Hitze litten, werden bald damit konfrontiert sein. Und in den bereits heissen Regionen müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter unter zunehmend gefährlichen Bedingungen arbeiten. Hitzestress kann zu einem tödlichen Hitzschlag führen, aber auch langfristig zu schweren Herz-, Lungen- und Nierenproblemen. Zwischen 2000 und 2020 stieg der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter in Europa, die übermässiger Hitze ausgesetzt sind, um 17,3 Prozent. Das ist ein fast doppelt so hoher Anstieg wie im weltweiten Durchschnitt.



BRANCHE MIT NACHWUCHSPROBLEM: In der Metall- und Maschinenindustrie blieben diesen Sommer knapp 30 Prozent der Lehrstellen unbesetzt. FOTO: KEYSTONE

Run auf Lernende: 10 000 Lehrstellen sind noch unbesetzt

So buhlen Unternehmen um den Nachwuchs

Über 60 000 Jugendliche sind Anfang August in die Lehre gestartet. Doch über 10 000 Stellen bleiben unbesetzt. Deshalb locken manche Unternehmen mit höheren Lehrlingslöhnen, Fitness-Abos und Tiktok-Videos.

IWAN SCHAUWECKER

Als «einmalig in der Welt» und «vorbildhaft» wird das Zusammenspiel von Unternehmen, Lernenden und Berufsschulen gerne bezeichnet. Doch seit einigen Jahren suchen viele Betriebe verzweifelt nach Nachwuchs, denn auch bei den Lernenden herrscht Fachkräftemangel.

DIESE BRANCHEN SIND UNBELIEBT

Am beliebtesten bei den über 60 000 Jugendlichen, die im August ihre Lehre begonnen haben, sind auch dieses Jahr KV- und Informatik-Lehren. In anderen Branchen konnten erneut über 10 000 Lehrstellen nicht besetzt werden. Gemäss dem Berufsbildungsportal Yousti wa-

ren im Detailhandel noch 670 Stellen unbesetzt. Bei den Elektroinstallateuren, einer wichtigen Berufsgruppe für die Energiewende, fehlen in der Schweiz 426 Lernende. Auch in der Baubranche (34 Prozent), in der Metall- und Maschinenindustrie (29 Prozent) und in der Gastronomie (27 Prozent) bleiben überdurchschnittlich viele Lehrstellen offen.

ZÜCKERLI FÜR ANGEHENDE METZGER

Betriebe wie das Bauunternehmen Marti AG in Zürich reagieren mit Tiktok-Videos und speziellen Ausbildungscamps für die Lernenden. Der Grossmetzger Bell in Basel richtet mit der grossen Kelle an: Der Lohn aller Lernenden beim Coop-Tochterunternehmen steigt um etwa 30 Prozent. Im ersten Lehrjahr beträgt der Lohn damit neu 1000 Franken, danach erhöht er sich pro Jahr um 200 Franken. Ausserdem gibt es eine zusätzliche, siebte Ferienwoche, ein SBB-Generalabonnement und ein Fitness-Abo. Mit diesen Goodies konnten zusätzliche Lernende gewonnen werden.

Doch die Löhne in den meisten Lehrbetrieben bleiben tief: Eine Elektroinstallateurin er-

hält im ersten Lehrjahr gerade mal 600 Franken im Monat, bei einem Coiffeur sind es in manchen Fällen sogar nur 400 Franken. Die Juso fordert, dass alle Lernenden in der Schweiz einen Mindestlohn von 1000 Franken erhalten. Neben den Löhnen ist auch die Betreuung häufig nicht angemessen, und neun von zehn Lernenden empfinden Stress am Arbeitsplatz, das zeigte jüngst eine Umfrage der Unia (work berichtete: rebrand.ly/druck-in-der-lehre). Um die duale Berufsbildung wieder attraktiv zu machen, brauchen die Jugendlichen auch langfristige Berufsperspektiven: Dazu gehören auch gute Gesamtarbeitsverträge mit anständigen Löhnen. Deshalb fordert die Unia: keine Löhne unter 5000 Franken für Menschen mit abgeschlossener Berufslehre.

workzahl

84 PROZENT

der Lernenden, die an der grossen Unia-Umfrage teilgenommen haben, verdienen im 1. Lehrjahr weniger als 1000 Franken pro Monat.

Lehrstart bei der Unia in Bern: «Eine ganz andere Welt»

Mary Tharmina John (20) hat diese Woche ihre Lehre als Kauffrau bei der Unia begonnen. Sie hat bereits eine Ausbildung als Detailhandelsfachfrau bei Coop gemacht und sich jetzt für eine zweite Lehre entschieden.

IWAN SCHAUWECKER

work: Wie ist der Eindruck nach der ersten Woche im Lehrbetrieb?

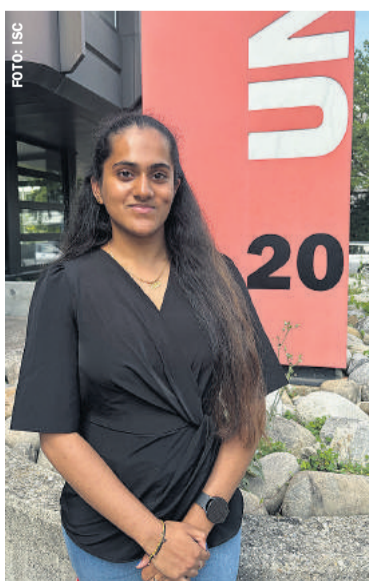
Mary Tharmina John: Die Atmosphäre ist im Vergleich zum Detailhandel ganz anders. Es geht viel mehr um Kopfarbeit, im Gegensatz zu der sehr körperlichen Arbeit im Detailhandel. Da musste ich oft viele Stunden ste-

hen. Und an gewissen Tagen arbeitete ich von 7 bis 20 Uhr. Es war auch immer sehr laut, und hier im Büro ist es still, das ist eine ganz andere Welt.

Kannten Sie die Unia, bevor Sie hier begonnen hatten?
Ich hatte schon von der Unia gehört. Aber ich wusste nicht genau, was die Aufgaben der Gewerkschaften sind. Da beginne ich jetzt gerade mehr davon zu verstehen.

Ein wichtiges Thema für die Gewerkschaften sind auch die Löhne. Wie viel verdienen Sie hier im ersten Lehrjahr?

Ich verdiene etwa 850 Franken pro Monat. Zwei Tage pro Woche bin ich in der Schule und drei Tage hier im Lehrbetrieb. Ab September



ZUVERSICHTLICH: Mary Tharmina John macht ihre zweite Ausbildung.

werde ich dann in der Kommunikationsabteilung der Unia arbeiten.

Es ist Ihre zweite Lehre, was ist anders?

Es hat sich einiges verändert. Jetzt gibt es keine spezifischen Fächer mehr in der Berufsschule, sondern es geht um Kompetenzen. Mir ist es wichtig, dass ich beim Lernen keinen Stress habe.

Und was erwarten Sie von dieser Lehre?

Ich möchte mein Wissen im kaufmännischen Bereich erweitern, und ich denke, dass mir durch diese Lehre mehrere Türen offenstehen. Ich hoffe, dass ich ein gutes Ausbildungsprogramm und ein unterstützendes Team um mich haben werde.

Schwarzarbeit und Lohndumping

St. Gallen hat doch nichts gelernt!

Die Baustelle der Kantonsschule Sargans SG wird erneut zum Schauplatz illegaler Machenschaften.

JULIA NEUKOMM

Erst kürzlich hat der Kanton St. Gallen angekündigt, strenger gegen Dumpinglöhne und Gesetzesverstöße vorzugehen. Doch jetzt zeigt sich, dass die Realität auf den Baustellen anders aussieht: Bereits in der Vergangenheit sorgte die Eisenlegerbude Iseni (SZ), engagiert vom Bauunternehmen Lazzarini AG (GR), mit schweren GAV-



LEIDER NEIN: In seiner letzten Ausgabe berichtete work, dass der Kanton St. Gallen dazugelernt habe.

Verstössen auf der Kantonbaustelle für Schlagzeilen (work berichtete: rebrand.ly/verstoesse-sargans). Jetzt ist die Baustelle der Kantonsschule Sargans wieder ins Visier der Behörden geraten.

SCHWARZARBEITER FESTGENOMMEN

Bei einer erneuten Kontrolle auf der Grossbaustelle hat die Kantonspolizei St. Gallen vier Arbeiter festgenommen, die ohne gültige Arbeitsbewilligung beschäftigt waren. Die Arbeiter im Alter von 21 bis 48 Jahren sowie ihre Arbeitgeber wurden bei der Staatsanwaltschaft des Kantons St. Gallen angezeigt. Es drohen schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeiter: Die Polizei kündigte an, dass das Migrationsamt weitere ausländerrechtliche Massnahmen gegen die Betroffenen prüfe.

Die Kontrolle förderte weitere Verstösse zutage: Drei weitere Arbeiter, die nicht ordnungsgemäss im Meldeverfahren registriert waren, wurden ebenfalls von der Polizei kontrolliert. Hier müssen die Arbeitgeber mit einer Strafe rechnen.

STRENGERE KONTROLLEN MÜSSEN HER

Für Unia-Mann und SP-Kantonsrat Florian Kobler sind diese Ereignisse ein klares Zeichen, dass die Vergabekriterien für Baustellen der öffentlichen Hand unzureichend sind. «Es darf nicht sein, dass Schwarzarbeit auf einer Baustelle des Kantons festgestellt wird.»

Kobler weist darauf hin, dass Steuer-gelder im Spiel seien und somit alle geschädigt würden – insbesondere die ausgebeuteten Arbeitnehmenden, aber auch die Firmen, die sich korrekt verhalten und dadurch bei der Auftragsvergabe benachteiligt werden. Diese Situation verdeutliche, wie notwendig es sei, dass der Kanton bei der Auftragsvergabe von Unternehmen und Subunternehmen GAV-Bescheinigungen nach ISAB-Standard verlange. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) hat im Frühling eine Erhöhung der Kontrollen im Bereich der Schwarzarbeit angekündigt, doch der «Fall Sargans» zeige, dass diese Kontrollen weiter ausgebaut werden müssten, so Kobler.

Es bleibt abzuwarten, ob der Kanton St. Gallen endlich die Konsequenzen zieht und die notwendigen Schritte einleitet, um solche Skandale in Zukunft zu verhindern.

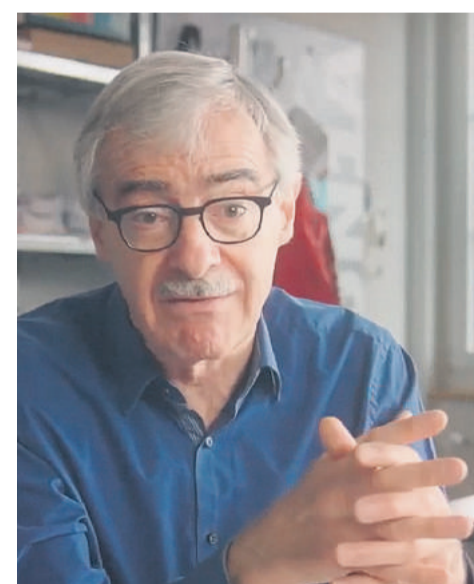
Berichte von Saisoniers und Secondas
Diese Geschichten gehen unter die Haut

Migrantinnen und Migranten aus Italien prägten die Schweiz. Und die Schweiz prägte sie und ihre Familien: durch fremdenfeindliche Haltungen, Demütigung und Schikanen. Das berichten zahlreiche Protagonistinnen und Protagonisten im Dok-Film. work hat vier Zitate herausgepickt.



Vanja Alleva, Präsidentin Unia

«In meiner Klasse hatte es viele Kinder aus Italien. Und es war wie normal, dass von uns niemand aufs Gymnasium gehen würde. Als ich es dann im ersten Anlauf tatsächlich nicht ans Gymnasium schaffte, sagte die Lehrerin: Ja, das habe sie schon gewusst, dass ich das nicht schaffen würde. Das hat mir einen Kick gegeben, ich wollte es ihr zeigen. Und das habe ich dann auch getan.»



Vasco Pedrina, Ex-Co-Präsident Unia

«Die progressiven Kräfte in der Gewerkschaft erkannten, dass man so nicht mehr weiterfahren konnte. Zum Glück haben einige führende Gewerkschafter verstanden, dass die Migranten einen immer grösseren Teil der Arbeiterklasse ausmachen. Und

haben aus diesem Verständnis heraus begonnen, die Gewerkschaften zu öffnen.»



Luigi Fucentese, Rentner, Arbeiter beim Maschinenbauer Sulzer

«Die Kinder, die kein Deutsch sprachen, wurden als nicht intelligent angesehen. Deshalb haben wir uns mit anderen Eltern zusammengetan, um mit den Behörden zu sprechen und ihnen zu sagen: Unsere Kinder sind nicht dumml!»



Giuseppe Reo, Regioleiter Unia

«Für die Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung bei der Fremdenpolizei musste ich manchmal einen halben Tag lang dort warten. Danach musste ich Fragen beantworten wie: «Warum sind Sie da? Was machen Sie da? Wo arbeiten Sie? Wie viele Zimmer hat Ihre Wohnung? Was verdienen Sie?» Das war eine furchtbare Demütigung.»

Filmemacher Samir präsentiert in Locarno seinen neusten Film über Saisoniers aus Italien
«Als ich in die Schweiz kam, gab es in der Migros weder Zucchini noch Auberginen»

Versteckte Kinder, windige Baracken, ein fliegender Teppich und modernste Game-Technik: das ist der Stoff, aus dem Filmemacher Samirs neuste Doku über Saisoniers gemacht ist.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Mit dem Boom der Nachkriegszeit kamen Millionen italienische Arbeiterinnen und Arbeiter in die Schweiz. Viele mussten in Baracken hausen, während sie die moderne Schweiz bauten. Das menschenunwürdige «Saisonierstatut» riss ihre Familien auseinander. Regisseur Samir, selbst als Kind aus dem Irak in die Schweiz eingewandert, verwebt in seinem neusten Film «Die wundersame Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer» seine Geschichte mit jenen der Saisoniers.

work: Kurz vor der Weltpremiere am Filmfestival in Locarno haben Sie Ihren neusten Film in Rom fertiggestellt. Wie lief dieser Endspurt?

Samir: Es war genau wie in den Klischees. Chaotisch, aber alles auf den letzten Moment perfekt fertiggestellt. Mit meinen Ansprüchen hätte es in der Schweiz nie geklappt, diese Fülle an Material rechtzeitig zusammenzukriegen.

Wieso Rom?

Wir hatten von Anfang an das Projekt als Co-Produktion mit Italien aufgelegt. Aber dann kam Giorgia Meloni an die Macht und begann, Kulturbeiträge zu kürzen. Meloni ernannte zudem Gennaro Sangiuliano zum Kulturminister – ein hässlicher, faschistischer Mensch. Und ich dachte, jetzt können wir's vergessen. Doch dann kam die Zusage des Ministeriums. Was war geschehen? Der neue Kulturminister musste noch das Budget vom letzten Jahr ausgeben, hatte aber noch keine eigene Filmkommission. Also hat er die alte Kommission mit unserer Anfrage beauftragt – und das sind alles Ex-Kommunisten! Natürlich haben sie unser Projekt durchgewunken. Manchmal muss man Glück haben.

Und dann musste es schnell gehen...

Ja, wir mussten die ganze Postproduktion nach Italien verlegen. Deswegen waren wir ein bisschen unter Druck.

Doch jetzt von vorne. Wie ist die Idee für den Film entstanden?

Schon lange beschäftigten mich die Veränderungen, die ich in den letzten 70 Jahren miterlebt habe. Wie sich Arbeit und Gesellschaft massiv verändert haben durch die Deindustrialisierung, durch die Migration und durch die Globalisierung. Während der Covid-pandemie hatte ich Zeit, die Migrationsgeschichte in der Schweiz zu recherchieren. Und bemerkte: Da bin ich ja ein Teil davon! Da ich aber selber nicht im Film erscheinen konnte, kam die Idee, einen Avatar meine Geschichte erzählen zu lassen.

Und wie ist Ihr Verhältnis zu diesem virtuellen Spiegelbild?

Es hat sehr viel Spass gemacht, meinen Avatar anhand von alten Fotos nachzubilden. Mein Avatar zeigt im Film Schlüsselmomente meines Lebens, damit man versteht, wie dieser Junge heranwächst als Migrantenbub, als Flüchtlingskind aus dem Irak.

Sie spielen mit dem Klischee des «Arabers». Das zieht sich wie ein roter Faden durch die autobiographischen Erzählungen, bis Sie am Ende sogar auf einem fliegenden Teppich in die Freiheit schweben...

...ja, in Richtung des Alpenpanoramas. Mein Avatar befreit sich in dieser Szene aus den Fängen von Polizisten, die ihn verprügeln. Für mich ist das ein Umkehrmoment. Diese Szene hat sich in der Realität



Samir: Preisgekrönter Regisseur und Aktivist

Samir (deutsch: der Geschichtenerzähler) ist 1955 in Bagdad, Irak, geboren. 1961 kam er in die Schweiz. Er absolvierte eine Lehre als Typograph, engagierte sich gewerkschaftlich, arbeitete als Kameramann und begann dann seine eigenen Filme zu realisieren. Unter seiner Regie entstanden diverse Serien und Fernsehfilme.

OSCAR-NOMINATION. 2015 wurde Samirs Dokumentarfilm «Iraqi Odyssey» als Schweizer Kandidat für eine Oscar-Nomination in der Kategorie Bester fremdsprachiger Film benannt. Für seine Arbeiten hat Samir zahlreiche Preise erhalten. Sein letzter Film ist «Baghdad in My Shadow» (work berichtete: rebrand.ly/film-baghdad). Seine neuste Doku «Die wundersame Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer» kommt am 5. September in die Kinos.

natürlich so nie abgespielt. Der Film hat mich befreit von diesen schrecklichen Momenten meines Lebens, in denen ich Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren habe.

Liegt in diesen Erfahrungen die Verflechtung mit der Geschichte der Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Italien?

Für den Film habe ich alle wichtigen Momente der Arbeiterbewegung in den 1960er und 1970er Jahren aus der Sicht der Migrantinnen und Migranten recherchiert. Und da fiel mir auf, dass ich bei vielen dieser Ereignisse dabei war. Zum Beispiel an der grossen Demonstration gegen das Saisonierstatut in Bern 1971. Da war ich 16 Jahre alt. Und ich war in der Jugendgruppe der Typographen-Gewerkschaft aktiv. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eigentlich die Geschichte meiner Jugendzeit.

Wie sind Sie zur Gewerkschaft gekommen?

Es ging gar nicht anders! Am ersten Tag meiner Lehre wurde ich angefragt. Bevor ich überhaupt die Probezeit bestanden hatte, war ich in der Gewerkschaft. Es war eine sehr schöne Zeit. Ich fühlte mich in der Jugendgruppe aufgehoben und entdeckte die Berge! Nach dem Zusammenbruch der Druckindustrie ging ich zum Film. Als Filmtechniker trat ich dieser Gewerkschaft bei.

Nicht alle Gewerkschaften waren den Migrantinnen und Migranten so freundlich gesinnt.

Die Typografia war eine sehr fortschrittliche Gewerkschaft. Beim Smuv, der damals stärksten Gewerkschaft, wehte ein ganz anderer Wind. Es gab

wenig Offenheit für italienische oder spanische Arbeiter. Am 1. Mai 1972 sind wir uns in die Haare geraten, weil sie «Tschinggen» beschimpften. Ganze Smuv-Gewerkschaftsaktionen stimmten für die fremdenfeindliche Schwarzenbach-Initiative. Aber es gab auch gute Leute in den Gewerkschaften. Zum Beispiel den späteren SGB-Präsidenten Ezio Canonica, ein Tessiner. Er war einer von uns.

Was war der Grund für diese Fremdenfeindlichkeit in den Gewerkschaften?

Ex-Unia-Präsident Vasco Pedrina sagt im Film, die Schweizer Arbeiter hätten die Saisoniers als Konkurrenten gesehen. Ich bin nicht ganz dieser Meinung. Ich glaube, viele haben indirekt von den Saisoniers profitiert, weil aufgrund der Hochkonjunktur ihre Löhne stiegen. Und trotzdem waren sie rassistisch. Das ist ein Widerspruch. Nicht im klassisch-marxistischen Sinn, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, sondern das Bewusstsein sollte manchmal auch das Sein bestimmen. Ob jemand rassistisch ist oder nicht, ist auch eine individuelle Entscheidung. Wenn aber eine ganze Organisation nicht gegen den Rassismus kämpft, hilft das den reaktionären Kräften.

Was hat zu einem Umdenken in den Gewerkschaften geführt?

Mittlerweile sind die Gewerkschaften ja die grössten Migrantinnen- und Migrantenorganisationen. Es sind die einzigen Organisationen, die die Realität der Gesellschaft repräsentieren. Die Migration als Grundsatzfrage der Gesellschaft existiert nur bei den Rassistin, die dieses Thema bewirtschaften. Zu einem Umdenken haben junge Funktionäre beigetragen, die in den 1970er Jahren angetreten sind.

Ihnen war klar, dass sich die Gewerkschaften öffnen und für die Unterschichten kämpfen müssen. Sie erkannten, dass die Unterschichten praktisch nur noch aus Migrantinnen und Migranten bestanden. Deshalb auch der Filmtitel – die Verwandlung der Arbeiterklasse in Ausländer. Die Arbeiterklasse gibt es noch immer, aber man nennt sie jetzt nicht mehr so.

«In 20 Jahren denken alle, Köfte sei ein Schweizer Nationalgericht.»

Arbeiterklasse gibt es noch immer, aber man nennt sie jetzt nicht mehr so.

Und was ist an dieser Verwandlung wundersam, wie es im Filmtitel genau heisst?

Der Titel soll irritieren. Es ist ein spielerischer Umgang mit dem Ernsthaften.

Im Film erzählen zahlreiche Protagonistinnen und Protagonisten von ihren Erfahrungen als Saisoniers in der Schweiz. Wie haben Sie diese Menschen gefunden?

Das hat viel mit meiner persönlichen Geschichte zu tun. Viele Leute kenne ich aus meiner Jugendzeit, also von den Demonstrationen, vom 1. Mai, von Gewerkschaftsversammlungen, vom Restaurant Cooperativo in Zürich. Viele habe ich auch über die Unia und deren Zeitung work gefunden. Ich habe in meiner Jugendzeit in der italienischen Community auch viele Frauen kennengelernt, die als Arbeiterinnen extrem selbstbewusst auftraten. Das hat mich sehr beeindruckt, auch weil ich selber aus einer patriarchalischen Struktur komme. Aber leider habe ich von diesen Bekanntschaften praktisch keine mehr wiederfinden können.

Wider die gängigen Klischees migrierten zuerst hauptsächlich Frauen aus Italien in die Schweiz. Wieso?

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Schweizer Textilindustrie einen Aufschwung – weil die Schweizer Industrie intakt war, während sie in den umliegenden Ländern zerstört war. Deshalb wurden ab Ende der 1940er Jahre vermehrt italienische Frauen rekrutiert. Hauptsächlich aus dem Veneto, das damals eine sehr arme Gegend war. Die ganze Ostschweizer Textilindustrie hat italienische Frauen geholt. Mit dem Migrationsabkommen zwischen der Schweiz und Italien von 1964 kamen dann auch viele Männer, um in den Fabriken, im Häuser- und Strassenbau zu arbeiten.

Das «Italienerabkommen» kam zu einer Zeit, als die öffentlichen Debatten um die «Überfremdung» heiss liefen.

Dieser Begriff ist so absurd, so unwissenschaftlich und so polemisch! Er wurde von einem obskuren Autor Anfang des 20. Jahrhunderts erfunden und danach von den schweizerischen Faschisten erstmals verwendet. Danach wurde er gesellschaftsfähig und durch den Druck der reaktionären politischen Bewegungen zum offiziellen Begriff der Behörden.

Das heisst heute nicht mehr «Überfremdung», sondern zum Beispiel «Zehn-Millionen-Schweiz»...

Genau. Das versuche ich im Film zu zeigen.

Italienerinnen und Italiener bauten in den 1960er und 1970er Jahren das Fundament für den Reichtum der Schweiz. Sie gründeten

VORPREMIERE: EXKLUSIV FÜR UNIA-MITGLIEDER

ZÜRICH
Mo, 26. August, 20.00 Uhr, Riffrapp 1

LUZERN
Do, 29. August, 20.00 Uhr, Bourbaki 1

BERN
Fr, 30. August, 20.30 Uhr, Cinemovie 2
(vorgängig Mitgliederanlass)

ST. GALLEN
Di, 3. September, 20.00 Uhr, Kinok

Bei Interesse melden Sie sich bei Ihrer regionalen Unia-Geschäftsstelle.

die ersten Kitas, das Erwachsenenbildungsinstitut Ecap usw. Hausen mussten sie aber in desolaten Saisonier-Baracken, und sie wurden durch eine «stille Apartheid» diskriminiert. Was ist damit gemeint?

Durch Architektur und Planung des Mittellandes, das ja eigentlich eine grosse Stadt ist, gibt es Gegenden, in denen Migrantinnen und Migranten auch heute noch nicht dazugehören – oder schon gar nicht hinkommen. Die Konzentration der Migration auf einzelne Quartiere setzt sich weiter fort. «Bioschweizer» aus der Mittelschicht haben gar keinen Kontakt zu Migrantinnen und Migranten, sondern viel eher zu Expats, also Ausländern, die nicht zur Arbeiterklasse gehören. Die Reinigerinnen, die Leute in den Fabriken, die Strassenarbeiter sind ausserhalb ihres Gesichtsfeldes. Das nennt sie «stille Apartheid». Politiker und Wirtschaftsführer haben keine Ahnung von deren Lebensweisen. Und dieses Nichtwissen, diese Deklassierung einer grossen Schicht dieses Landes, das erschüttert mich.

Aber damals, in den 1960er und 1970er Jahren, war die Apartheid nicht still. Im Film sind Schilder zu sehen mit Aufschriften wie: «Eintritt für Italiener verboten.»

Damals war es eine offenkundige Diskriminierung. Aber das politische System ist heute schlimmer. Ich selbst würde gar nicht mehr eingebürgert werden. Zugleich ist es absurd: Je älter ich geworden bin, umso «weisser» wurde ich in der Wahrnehmung. Früher war ich ein «Tschinggen» oder ein arabischer Terrorist. Heute darfst du ein bisschen anders aussehen, aber nicht zu sehr.

Die Geschichte der italienischen Saisoniers ist aber nicht nur Tragödie, am Ende gewinnt die «Italiänität»!

Als ich in die Schweiz kam, gab es in der Migros weder Zucchini noch Auberginen. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen, das gehört jetzt zur Schweizer Kultur. Die Wissenschaft nennt das einen «Kulturtransfer».

Sie zeigen das am Beispiel der Zürcher Langstrasse. Genau, im ehemaligen Italo-Quartier betreiben jetzt Kurden die Pizzerias. Und in 20 Jahren denken alle, Köfte sei ein Schweizer Nationalgericht.

Aber die Migrantinnen und Migranten, die jetzt in der Schweiz sind, erfahren die gleiche Diskriminierung wie die Italiener damals, wenn nicht sogar noch mehr. Das zeigen Sie im «Epilog». Wiederholt sich hier die Geschichte mit anderen Vorzeichen?

Natürlich ist die Gefahr da, dass sich die Geschichte wiederholt und die nächste Generation wieder Unterdrückung erfahren muss. Aber mein Film zeigt auch, dass wir das ändern können. Indem wir eine andere Auffassung entwickeln über die anderen. Denn diese anderen sind immer wir alle. Ich hoffe, dass ich mit meinem Film dazu beitrage, zu verstehen, dass das kollektive Verständnis eine urmenschliche Sache ist, um Verbesserungen herbeizuführen. Die individualistische Ideologie des aktuellen Systems macht die Menschen einsam.

13.09. — 14.09.

Tickets & Infos
reclaim-democracy.org

2024

Denknetz
Schweiz

Gestaltung: Studio Quarz

Kongress

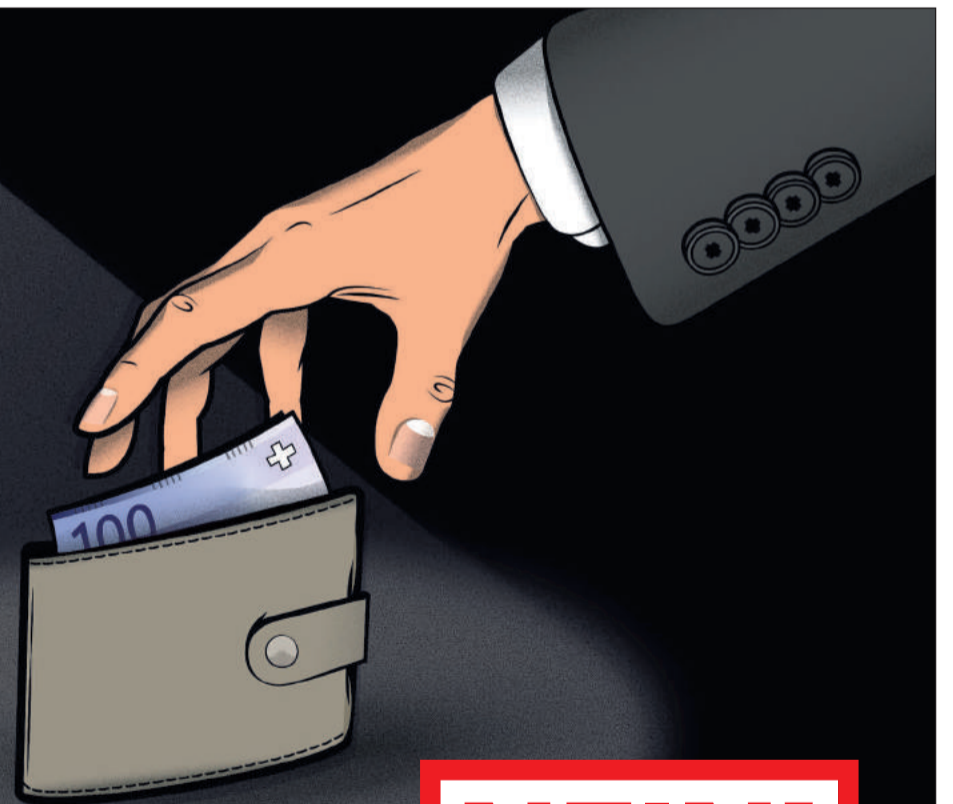
Zürich

Volkshaus
Xenix
Kanzlei

Reclaim
Democracy.

ACHTUNG Rentenklaui!

- Rentenkürzung: bis 3200 Franken
- Mehr bezahlen: bis 2400 Franken
- Finanzindustrie zweigt noch mehr Geld ab



NEIN!
zum BVG-Bschiss

am 22. September

**Mehr bezahlen, weniger erhalten?
Nicht mit uns! Wir wehren uns gegen den
Rentenklaui bei den Pensionskassen.**



UNIA

Rebellion in der Luxus-Hotellerie in Frankreich

«Wir haben viel zu lange geschwiegen!»



VIEL LÄRM UM VIEL: Mit Töpfen und Kochlöffeln bezwingen die Zimmerfrauen von Marseille den US-Hotel-Riesen Radisson. FOTO: ZVG

In Marseille haben 15 Zimmerfrauen einer Edelherberge mehr als zwei Monate lang ihre Arbeit niedergelegt. Ein harter und populärer Streik.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Wer im Juni oder Juli über den Alten Hafen von Marseille flanierte, konnte frohen Lärm vernehmen. Das Pfannenschlagen, die Sprechchöre und Lieder im touristischen Tumult kamen von einem Streikpikett: 15 Zimmer-

1000 bis 1200 Euro im Monat für einen stressigen Job, der in die Knochen geht.

Stop Unterakkord. Sie hatten ihren Zeitpunkt günstig gewählt. In der Marina von Marseille wurden die olympischen Segel- und Kite-Wettbewerbe ausgetragen, neben Touristen verlangten Horden von Sportfunktionären mit satten Spesenkonten nach weichen (Doppel-)Betten.

BELÄSTIGUNG UND MACHTMISSBRAUCH

Vier Nächte kosten in dem Viersternehaus ab 2432 Euro (Rabattangebot für Mitte September). Die Zimmerfrauen tragen 1000 bis 1200 Euro monatlich nach Hause, je nachdem, wie gut das Hotel belegt ist. Für einen stressigen Job, der in die Knochen geht. Ansmina Houmadi ist ihre Sprecherin: «Wir haben viel zu lange geschwiegen. Manche von uns haben sich kaputtgearbeitet. Jetzt lösen sich die Zungen.»

Neuerdings ist die Vertrauensfrau der Gewerkschaft CNT der Kurzaufenthalter-Etage zugeteilt, wo etwa Piloten nächtigen. Sehr anstrengend: Die Zimmer müssen dort jeden Tag

unter Zeitdruck vollständig neu zugerichtet werden. Gutgeschrieben werden ihr nur 25 Wochenstunden, insgesamt für 1080 Euro.

Am 31. Juli feierten die Frauen des Radisson ihren Sieg. Julien Ollivier von der autonomen Gewerkschaft CNT-SO sagt: «Es war ein sehr langer, sehr harter und offensiver Streik.» Ein populärer noch dazu: Von Passantinnen kam viel Zuspruch, manche Kunden haben sich mit den Streikenden solidarisiert, die Sreikkasse füllte sich so schnell, dass keine der Reinigerinnen in ihrem Kampf einen Euro verlieren dürfte.

Lohn war das eine Motiv der Arbeitsniederlegung, erklärt Houmadi. Aber auch Kurzarbeitsverträge, Überstunden, Belästigungen und Machtmissbräuche der Gouvernanten. Doch der unmittelbare Auslöser des Streiks war die «Mobilitätsklausel»: Die Zimmerfrauen durften jederzeit zum Dienst in andere Hotels abkommandiert werden – oft nur Minuten vor dem Arbeitsbeginn. So lassen sich ein Familienleben und die (langen) Arbeitswege kaum organisieren.

ÜBERWACHUNG

Die Marseiller Frauen haben sich mit einem Riesen angelegt. Radisson Blu ist eine der vielen Filialen des US-Konzerns Radisson, der 435 Hotels in 61 Ländern betreibt und mehr als 100.000 Zimmer feilhält. Dieser Konzern wiederum gehört zum Carlson-Konglomerat, das seinerseits von der chinesischen Finanzholding Jinjiang International kontrolliert wird. Kapitalismus im Jahre 2024, das sind Schachtelbeteiligungen, anonyme Besitzer und lange Unterakkordanten-Ketten: Radisson Blu hatte durch den Streik zwar ein Management- und Imageproblem, aber die 15 rebellierenden Frauen waren gar nicht bei Radisson im Lohn, sondern bei einem Unter-Unternehmen namens Acqua. Auf seiner Internetseite wirbt Acqua mit «Expertise in der Hotelreinigung», vor allem aber mit der «Flexibilität» und der biometrischen Überwachung seiner Angestellten.

Den Hotelkonzernen garantiert dieses Modell maximalen Profit. Die Löhne der Arbeit-

den können gedrückt werden, und sie werden auf Abruf, also nur bei Bedarf, bezahlt, bei immer schärferen Arbeitsfrequenzen. Andere Branchen, sogar öffentliche Unternehmen, nutzen dieselbe Strategie. Gegen diese Verelendung der Arbeit, die oft von migrantischen Frauen geleistet wird, wächst der Widerstand. Gerade in der Hotellerie. Allein in Marseille gab es über die vergangenen acht Jahre sechs Streiks der Zimmerfrauen.

EINE HELDIN AUF DEM STREIKPIKETT

Am 3. Juni bekamen die Kämpferinnen des Radisson Blu auf ihrem Streikpikett Besuch von einem Vorbild: Die linke Abgeordnete Rachel Kéké brachte ihre Unterstützung. Kéké hatte als Gouvernante den längsten Zimmerfrauenstreik der Geschichte angeführt, in einem Pariser Ibis-Hotel. Sie hielten 22 Monate stand und gewannen (work berichtete rebrand.ly/streik-ibis).

Am Ende lenkte nun auch Radisson Blu in Marseille ein. Die Mobilitätsklausel gilt künftig höchstens für drei Tage pro Monat. Die Reinigerinnen bekommen einen 13. Monatslohn, ein Novum in der Branche. Der Stundenlohn wird um 11 Centimes erhöht – auf 12,41 Euro. Die Trauben hängen hoch in der Luxushotellerie.

Ausgestanden aber ist nichts: Die Zimmerfrauen mussten dieser Tage zum Verhör auf die Polizeiwache: Der Radisson-Konzern hat Klage erhoben. Wegen Sachbeschädigung und Kundenbelästigung. Juristische Einschüchterung gehört zu den üblichen Waffen des Kapitals. Wie das Lokalblatt «La Marseillaise» schreibt, verhielt es sich wohl gerade umgekehrt: Die Zimmerfrauen mussten durch Sicherheitspersonal vor zwei Hotelkunden beschützt werden, die ihnen mit Gewalt das Streik-Transparent entreissen wollten.

Der Europäische Gewerkschaftsbund warnt: Ferien werden zum Luxusgut

Fast 40 Millionen Menschen können sich in Europa keine Ferien leisten, und sei es auch «nur» für eine Woche. Weder im Ausland noch im eigenen Land.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Bezahlte Ferien sind eine wichtige linke Errungenschaft: in den 1930er Jahren vereinigten sich linke Parteien und Gewerkschaften zum «Front populaire». Als dieser 1936 an die Macht kam, führte er einen gesetzlichen Ferienanspruch ein. Die Schweiz machte es Frankreich in den 1940er Jahren nach (work berichtete: rebrand.ly/front-populaire).

Doch jetzt gefährdet Armut diesen Fortschritt. Die Zahl der Menschen, die sich keine Ferien mehr leisten können, steigt stetig an. Fast 40 Millionen Menschen können sich in Europa keine Ferien leisten. Keine einzige Woche, weder im Ausland noch im eigenen



SUN, FUN AND NOTHING TO DO: Leider können sich viele Familien keine gemeinsamen Ferien mehr leisten. FOTO: KEYSTONE

Land. Das zeigen Zahlen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI), dem Forschungszentrum des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

AUSGERECHNET BELLA ITALIA

Den höchsten Anstieg an «Ferien-Armut» im Jahr 2022 haben Frankreich und Irland zu verzeichnen. In absoluten Zahlen sind ausgerechnet in der Feriendestination Italien am meisten Menschen davon betroffen (rund 6 Millionen). In der Schweiz leben 6,1 Prozent der Kinder in einem Haushalt, der sich pro Jahr nicht eine Woche Ferien weg von zu Hause leisten kann.

Die Zahlen für 2023 könnten sogar noch schlechter ausfallen, warnt der EGB. Weil die Kosten für Ferien im letzten Sommer einen Rekordanstieg verzeichneten und die Real-löhne in der gesamten EU im vergangenen Jahr aufgrund der Inflation gesunken sind.

FERIEN SIND KEIN LUXUS

Für EGB-Generalsekretärin Esther Lynch ist klar: «Nachdem sie das ganze Jahr über gearbeitet haben, sollten sich die Arbeitnehmenden Ferien leisten können. Denn Ferien sind kein Luxus, eine Auszeit mit der Familie ist der Schlüssel zum Schutz der körperlichen und geistigen Gesundheit der Arbeitnehmenden und bietet Kindern wertvolle Erfahrungen.» Und weiter: «Jene Managerinnen und Manager, die die profitorientierte Inflation verursacht haben, sollten sich auf dem Höhepunkt der Lebenshaltungskostenkrise in Luxusresorts. Während für vierzig Millionen hart arbeitende Menschen und ihre Familien, die gerade mal das Essen auf den Tisch bringen konnten, Ferien unerschwinglich waren.»

Deshalb sei es kaum verwunderlich, dass die Wut in der Gesellschaft wachse. Zu viele Menschen sehen die Vorteile der starken europäischen Wirtschaft nicht mehr in ihrem Alltag. «Wir müssen dringend die Zahl der Arbeitnehmenden, die unter Tarifverträge fallen, erhöhen. Das ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass die arbeitenden Menschen einen fairen Anteil an dem von ihnen geschaffenen Wohlstand erhalten.»

77
Locarno Film Festival
FUORI CONCORSO
OFFICIAL SELECTION

Ein Film von **SAMIR**



ERSTER
TEIL

Die

WUNDERSAME VERWANDLUNG

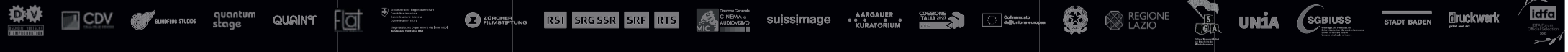
der

ARBEITERKLASSE

in AUSLÄNDER

Ab 5. September im Kino

DSCHOINT VENTSCHER FILMPRODUKTION UND CASA DELLE VISIONI PRÄSENTIEREN «DIE WUNDERSAME VERWANDLUNG DER ARBEITERKLASSE IN AUSLÄNDER» EIN FILM VON SAMIR MIT DEN STIMMEN VON LINDO MUSELLA, CARLOS LEAL, BILDERGESTALTUNG NATASCHA VAVRINA, ELEONORA CONTESSI, LIAM ERLACH, LINE DE KAENEL, LORENZO DI NOLA, RAPHAËL PIGUET, DEJAN BARAC, FABIENNE STEINER, SETTING DANIEL EATON, SIMON SCHMALZ, SIMON GASSER, RETO STAMM, FLORIAN HINDER, NICOLAS ADAMINA-BRUNNER, THÉO PAMAGIA, LUCA MIRABELLA, DANILLO ARISI, DAVIDE BIANCO, BELEUCHTER CASPAR BRÖG, YORO TOBLER, FABRIZIO DE SANTIS, BRANDO BARTOLESCI, VIRTUAL PRODUCTION BLINDFLUG STUDIOS, FRÉDÉRIC HEIN, MORITZ ZUMBÜHL, GRAPHIC QUAIN, SANDRO LOCHAU, LEANA WIRTH, ALESSANDRO HOLLER, SOUND DESIGN, MIX UND MUSIK MASSIMO MARIANI, EDITOR ENRICO FRÖHLICH, TRAILER SARA MANINI-LARDANI, POSTPRODUKTION BILD FLAT PARIOLI, ARCHIVE PRODUCER SIMONE STARACE, NICOLAS LAUBE, ALESSANDRA PETITO, POSTPRODUCTION SUPERVISOR LAURO JENNI, PRODUKTIONSLEITUNG ITALIEN MARIA CLARA TAGLIANTI, PRODUZENT LEVIN VIETH, WERNER SCHWEIZER, KARIN KÖCH, SAMIR, KOPPRODUZENT GIANFILIPPO PEDOTE, DAVIDE PAGANO, ANDREA RANDAZZO, IN KOPPRODUKTION MIT CASA DELLE VISIONI, RSI RADIOTELEVISIONE SVIZZERA, SILVANA BEZZOLA, RIGOLINI, GIULIA FAZIOLI, ALESSANDRO MARCIONNI, SCHWEIZER RADIO UND FERNSEHEN SRF, URS AUGSTBURGER, RADIO TÉLÉVISION SUISSE, STEVEN ARTELS, SRG SSR, SVEN WÄLT, GREGORY CAPELLA, MIT DER UNTERSTÜTZUNG VON BUNDESAMT FÜR KULTUR, ZÜRCHER FILMSTIFTUNG, AARGAUER KURATORIUM, MIC, DIREZIONE GENERALE CINEMA, LAZIO CINEMA INTERNATIONAL, SUISSIMAGE, STIFTUNG STUDIENBIBLIOTHEK ZÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, UNIA, SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND, ISTITUTO SVIZZERO DI ROMA, STADT BADEN, EIN FILM VON SAMIR



WORKING-CLASS.CH

Freilichttheater Gurten: «Da chönt ja jede cho!»

Nachhilfestunde für die Bünzli-Schweizerinnen und -Schweizer

Sein Bünzlitum wird einem Hauswart aus Hinterschnösligen zum Verhängnis. Das aktuelle Stück im Freilichttheater auf dem Berner Hausberg zeigt, wie unfair das Schweizer Einbürgerungsprozedere ist. Und rüttelt das Publikum auf.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Menschen wie Wale Wüthrich kennen wir vermutlich alle. Er ist Hauswart, beobachtet von seinem kleinen Balkon jeden Schritt und Tritt der Nachbarschaft und übertüncht seine Angst vor Veränderungen mit Skepsis und Fremdenfeindlichkeit. Wale beschreitet sein ganzes Leben engstirnig und stur. Bis sein Tod alles verändert.

Das Theaterstück «Da chönt ja jede cho!» beginnt mit Wüthrichs Tod und einer Begegnung mit einem Engel. Dieser gibt ihm die letzte Chance, Toleranz zu lernen und seine Vorurteile gegenüber seiner Nachbarschaft endlich zu begraben. Von nun an mischt sich der Engel nämlich in alle Situationen ein, wo Wale in alte, unfaire Muster verfällt.



EIN ENGEL FÜR WALE: Irene Müller-Flück spielt den Engel, der Hausmeister Wale Wüthrich (rechts, gespielt von Theo Schmid) Toleranz beibringen will. FOTO: ZVG / HANNES ZAUGG-GRAF

DIE «GUTEN» SIND DIE AUSNAHME

Wales grösster Stolz ist sein Schweizer Pass. Er hütet ihn wie einen raren Diamanten. Dass «Andere», «Fremde», «Nicht-Hinterschnöslige» dieses wertvolle rote Büchlein tatenlos geschenkt bekommen, macht ihn rasend. Integrieren müssen sie sich! Und eine weisse Weste haben! In seiner wöchentlichen Jassrunde schaukeln sich Wale und seine Freunde mit fremdenfeindlichen Aussagen hoch. Die Jassrunde trifft sich gerne auf Wales Balkon – mit Blick auf das Café Punto, den Quartiertreffpunkt. Betrieben wird die Beiz von Wales Nachbarn Aurelio und Maria. Für Wale ein Dorn im

Augen, denn das italienische Paar kommt ihm nicht sauber vor. Halten sie sich nicht auf die Minute genau an die Nachtruhe, ruft Wale sofort die Polizei. Und auch den Waschküchenschlüssel bringen sie nicht pünktlich zurück. In seinen Augen eine wahnsinnige Frechheit und Grund genug, dem jungen Paar das Leben zur Hölle zu machen.

Anders begegnet Wale seiner Nachbarin Barbara König, die vor kurzer Zeit aus Deutschland zugezogen ist. Sie ist für Wale eine Ausnahme un-

ter den «Ausländern». Sie bringt den Waschküchenschlüssel immer pünktlich retour, hält sich strikt an die Hausregeln und lernt akribisch für ihre Einbürgerung. Dafür legt Wale auch gerne ein gutes Wort bei der Einbürgerungsbehörde von Hinterschnösligen ein. Natürlich hat Wale da seine Kontakte, in Hinterschnösligen kennt jeder

DEMOKRATIE-INITIATIVE: JETZT UNTERSCHREIBEN!

Zurzeit werden Unterschriften für die Demokratie-Initiative gesammelt. Diese möchte den Einbürgerungsprozess erleichtern. Nach fünf Jahren rechtmässigem Aufenthalt in der Schweiz soll eine Einbürgerung möglich sein, unabhängig von der Niederlassungsbewilligung. Zudem soll es einheitliche Kriterien für ein faires Verfahren geben. Hier können Sie unterschreiben: demokratie-volksinitiative.ch.

jeden. Und in seinem Block sowieso. Aufgebaut wie ein Schweizerkreuz, leben nebst Wale, dem italienischen Paar und der Deutschen noch ein älteres Paar und Reto, ein junger Schweizer, im Haus. Obwohl Reto sich nicht an die Hausregeln

hält, stört das Wale nicht. Immerhin ist Reto Schweizer und arbeitet sogar als Beamter!

Schnell wird klar: Wales Meinung ist sehr selektiv, und seine Ausländerfeindlichkeit überschattet seine guten Eigenschaften. Mit dem Engel im Rücken wird Wale immer wieder ermahnt und schafft es tatsächlich, bis zum Ende des Theaterstücks neue Freundschaften zu schliessen und seine Ausländerfeindlichkeit zu begraben.

WER BEKOMMT DEN PASS?

Immer wieder Thema ist der Schweizer Pass. Dem Theaterpublikum wird das absurde Einbürgerungsprozedere aufgezeigt: Was die Gemeinden von den Kandidatinnen verlangen, können viele Schweizerinnen und Schweizer gar nicht bieten. Bei ihnen spielt das aber keine Rolle, denn wie es der Zufall wollte, wurde ihnen der Pass in die Wiege gelegt.

Das Freilichttheater auf dem Gurten ist ein einzigartiges Erlebnis. Die Kulisse ist nicht nur dank dem Blick über ganz Bern, sondern auch wegen des phänomenalen Bühnenbilds ein Augenschmaus. Ein gelungenes Theaterstück, dem der Seitanz zwischen Humor, Rassismus und Aufklärung mit bemerkenswertem Schauspiel gelingt. Das Theater ist sehr gut besucht und läuft noch bis Ende August.

Weniger Rente?

Podium zur BVG-Reform

Am 22. September entscheidet das Schweizer Stimmvolk über das Referendum des BVG. Die aktuelle BVG-Reform sieht eine weitere Senkung der Renten vor. Gleichzeitig werden mit der Reform die obligatorischen Lohnabzüge erhöht. Die Kosten für die Buezerinnen und Buezer steigen. Befürworter der Reform sehen das natürlich anders. Die Unia Zürich organisiert am 20. August eine Podiumsdiskussion. Mitdiskutieren werden Gabriela Medici (SGB) und Cédric Wermuth (Co-Präsident SP Schweiz) mit Regine Sauter (FDP) und Barbara Zimmermann-Gerster (Schweizer Arbeitgeberverband).

Podium zur BVG-Reform, Dienstag, 20. August, 19.00 bis 21.00 Uhr, Karl der Grosse, Zürich. Anmelden unter <https://zuerich-schaffhausen.unia.ch/>

Lesestoff

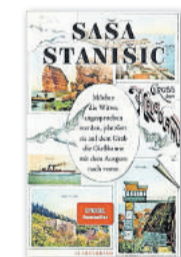
Traum vom schönen Leben

Der deutsch-bosnische Autor Saša Stanišić hat wieder seine Feder gezückt. Und wieder ein Meisterwerk geschrieben. In seinem neuesten Buch mit dem Zungenbrecher-Titel

Mehr Lesestoff gibt es hier:

Weitere Tipps aus der work-Redaktion sind unter folgendem Link zu finden: rebrand.ly/worklesetipps.

«Möchte die Witwe angesprochen werden, platziert sie auf dem Grab die Giesskanne mit dem Ausguss nach vorne» zeigt er, dass es für gute Geschichten keine Helden braucht, sondern ganz normale Menschen. Die Geschichte beginnt mit den Protagonisten Saša, Fatih, Piero und Nico – vier Jungs, die es per Zufall nach Heidelberg gespült hat. Alle kommen aber von viel weiter her. Fatih phantasiert über einen Proberaum fürs Leben, wo man 10 Minuten seine Zukunft sieht und sich dafür oder dagegen entscheiden kann. Und so geht der Lesegenuss und der Traum vom schönen Leben los.



Saša Stanišić: **Möchte die Witwe angesprochen werden, platziert sie auf dem Grab die Giesskanne mit dem Ausguss nach vorne.** Verlag Luchterhand, München 2024, 256 Seiten, Fr. 33.90.

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



DIE LÖHNE STAGNIEREN TROTZ STEIGENDER PRODUKTIVITÄT: WO GEHT DAS GELD HIN?

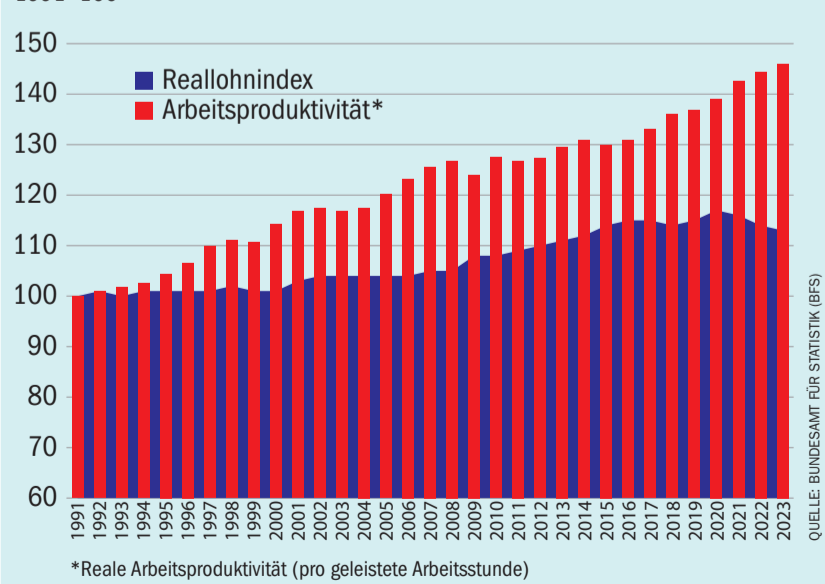
Die Stundenlöhne sind in der Schweiz preisbereinigt seit 1991 um 13 Prozent gestiegen, das sagt uns der Lohnindex des Bundesamtes für Statistik (BFS). Pro Jahr sind das im Durchschnitt 0,4 Prozent. Dabei gab es zwei längere Phasen, während deren die Kaufkraft stagnierte oder sogar zurückging. Die erste war während der 1990er Jahre, als die Nationalbank die Konjunktur mit einer verfehlten Zinspolitik abmurkste und die Schweiz den Anschluss an Europa verlor. Die zweite Stagnationsphase betrifft uns jetzt: Die Kaufkraft der Löhne ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen und sank 2023 unter das Niveau von 2015. Je nach Branche sind die Reallöhne noch stärker gesunken.

PRODUKTIVER. Während die Reallöhne in diesen gut 30 Jahren um 13 Prozent zunahm, stieg die Arbeitsproduktivität um satte 46 Prozent. Das heisst, pro Arbeitsstunde wurden 46 Prozent mehr Wert in Form von Gütern und Dienstleistungen geschaffen. Und in dieser

Grössenordnung ist auch das Volkseinkommen gestiegen. Besonders rasant stieg die Produktivität seit 2015, also auch während der Pandemiejahre und obwohl die Löhne in dieser Zeit zurückgingen. Wohin ist dieses Geld geflossen?

SPITZENLÖHNE. Profitiert haben davon die Unternehmen, deren Gewinne zunahm, wie auch die Besitzenden von Kapitalvermögen und Immobilien, deren Werte gestiegen sind. Zudem hat die Lohnindex-Statistik des BFS einen «Makel»: Sie erfasst Strukturveränderungen nur ungenügend. Das heisst, wenn neu eine Branche mit guten Löhnen boomt (z. B. der IT-Sektor), wird das nicht oder erst spät erfasst. Das gilt allerdings auch umgekehrt für neue Tieflohnbranchen wie etwa Uber-Taxi oder Nailstudios. Vor allem wird aber das oberste Lohnprozent, also die allerhöchsten Löhne inkl. Gewinnbeteiligungen, im Lohnindex nicht berücksichtigt. Diese Spitzenlöhne sind auch die einzigen, die in den letzten Jahren massiv zulegen konnten. Teilhaben an der steigenden

Die Reallöhne stagnieren seit mehreren Jahren
1991=100



Produktivität konnten also neben Unternehmen und Vermögenden auch Spitzenverdiener und allenfalls gut-bezahlte Beschäftigte in neuen, boomenden Branchen. Die grosse

Mehrheit der Lohnabhängigen hingegen ging leer aus. Es ist Zeit, den Spiess umzudrehen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Gespräch

Wie weiter mit der Industrie?

Die Gewerkschaften fordern seit Jahrzehnten eine Industriepolitik, die Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen in der Schweizer Industrie sichert und Unternehmen dabei unterstützt, die ökologisch nötige Transformation sozial zu gestalten. Während die USA und die EU grosse Investitionsprogramme starten, verschwinden in der Schweiz Arbeitsplätze. Besonders augenfällig war das in den vergangenen Wochen in der Stahlindustrie und bei der Glasfabrik Vetropack. Denknetz organisierte dazu eine Diskussion mit Andreas Rieger, ehemaligem Unia-Co-Präsidenten, und Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker an der Uni Zürich.

Das Gespräch gibt es hier zum Nachsehen oder -hören: rebrand.ly/diskussion-industriepolitik und auf Spotify und Apple Podcast.



Das offene Ohr

Markus Widmer von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosenkasse I: Neue Verwirkungsfrist von 3 Jahren

Ich war von Januar bis November 2022 arbeitslos und habe Arbeitslosentaggelder bezogen. Ich erhalte nun plötzlich ein Schreiben, worin mir mitgeteilt wird, bei einer Revision meines Dossiers habe man festgestellt, dass man versehentlich ein von mir eingereichtes Zwischenverdienstformular übersehen und mir 2000 Franken zu viel ausbezahlt habe. Ein Freund hat mir nun mitgeteilt, dass dies nicht zulässig sei, da die Arbeitslosenkassen nur ein Jahr Zeit hätten, zu Unrecht ausgezahlte Arbeitslosentaggelder zurückzufordern. Wer hat recht?

MARKUS WIDMER: Das Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts wurde bezüglich der Verwirkungsfrist per 1. Januar 2021 geändert. Sie beträgt neu 3 Jahre. Die Rückforderungsverfügung wurde also



VERRECHNET: Wenn die Arbeitslosenkasse einen Fehler macht, darf sie das Geld innert 3 Jahren zurückfordern. FOTO: KEYSTONE

rechtzeitig erstellt. Sie müssen den Ihnen zu viel ausbezahlten Betrag leider zurückerstatten. Sofern Sie den Betrag nicht auf einmal zurückzahlen können, können Sie eine Ratenzahlung vereinbaren.

Arbeitslosenkasse II: Relative und absolute Verwirkungsfrist

Ich habe unerwartet eine Rückforderungsverfügung der Arbeitslosenkasse erhalten. Die Rückforderung erfolgte, weil man bei meiner Anmeldung davon ausging, dass ich Anspruch auf maximal 400 Taggelder hätte. Effektiv hatte ich jedoch nur einen Anspruch auf 260 Taggelder. Der Fehler passierte, weil die Arbeitslosenkasse ursprünglich von einer Beitragszeit von 18,01 Monaten statt den effektiv geleisteten 17,98 Monaten ausging. Ich habe nun im Internet recherchiert, und dort ist von einer dreijährigen und einer fünfjährigen Verwirkungsfrist die Rede. Ich blicke nun nicht mehr durch. Können Sie mir die Unterschiede erklären?

MARKUS WIDMER: Das Gesetz kennt sowohl eine relative, dreijährige Verwirkungsfrist als auch eine absolute, fünfjährige Verwirkungsfrist. Die relative, dreijährige Verwirkungsfrist beginnt ab dem Zeitpunkt zu laufen, an dem die Kasse den Fehler hätte bemerken können, zum Beispiel aufgrund einer Kassenrevision. Die absolute, fünfjährige Verwirkungsfrist beginnt ab dem Zeitpunkt zu laufen, an dem die Leistung ausbezahlt wurde (Zahlungsdatum), und wird durch ein allfälliges Einsprache- oder Beschwerdeverfahren nicht unterbrochen. Die relative Frist gilt als eingehalten, wenn die Arbeitslosenkasse innerhalb von drei Jahren nach Entdeckung des rückforderungsbegründenden Sachverhaltes eine Rückforderungsverfügung erlassen hat. Ihre Rückforderungsverfügung wurde innerhalb der relativen, dreijährigen Verwirkungsfrist erlassen. Sie müssen somit leider den Betrag zurückzahlen.

Schwangerschaft und Arbeit: Diese Rechte stehen Ihnen als Schwangere und als frischgebackene Mutter zu

Sie sind geschützt: Vor und nach der Geburt

Eine Schwangerschaft stellt das Leben auf den Kopf und konfrontiert Mütter auch bei der Arbeit mit neuen Herausforderungen. Sie haben nun besondere Bedürfnisse und deswegen auch besondere Rechte.

MARIA KÜNZLI

VOR DER GEBURT. Sie sind schwanger und möchten es erst mal für sich behalten? Vielleicht, weil Sie sich selbst zuerst an die neue Lebensphase gewöhnen müssen oder weil Sie die kritischen ersten drei Monate abwarten wollen? So oder so: Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Chefin oder Ihren Chef über die Schwangerschaft zu informieren. Sie sollten es aber spätestens dann tun, wenn Sie die gewohnten Arbeiten nicht mehr erledigen können oder wenn sie Schonung brauchen.

Schwangere haben besondere Rechte am Arbeitsplatz, damit sie selbst und das ungeborene Kind keinen Gefahren ausgesetzt sind. Es gibt bestimmte Arbeiten, die vom Gesetz als beschwerlich eingestuft werden. Diese dürfen

Sie dürfen ohne Angabe von Gründen die Arbeit verlassen.

von schwangeren und stillenden Frauen nicht oder nur bedingt ausgeführt werden. Die Liste dieser Arbeiten finden Sie in der Mutterschutzverordnung (rebrand.ly/mutterschutzverordnung). Gehört eine dieser Arbeiten zu Ihren üblichen Aufgaben, muss Ihnen die Firma eine weniger schwere, aber gleichwertige Arbeit anbieten. Ist das nicht realisierbar, dürfen Sie zu Hause bleiben und haben das Recht auf 80 Prozent des Lohns.

Gibt es Tätigkeiten, die nicht von Gesetzes wegen als beschwerlich eingestuft sind, die Sie selbst aber als unzumutbar empfinden? Dann muss Sie Ihre Chefin oder Ihr Chef ebenfalls entlasten. Sie dürfen ohne Angabe von Gründen die Arbeit verlassen, nur Bescheid geben müssen Sie. Für diese Zeit haben Sie allerdings nur Anspruch auf Lohn, wenn Sie aus medizinischen Gründen ar-

beitsunfähig sind. Fühlen Sie sich aufgrund der Schwangerschaft nicht imstande zu arbeiten, konsultieren Sie Ihre Frauenärztin oder Ihren Frauenarzt, damit Sie krank geschrieben werden.

Auch in Sachen Arbeitsdauer haben Sie als Schwangere einen berechtigten Sonderstatus. Während der Schwangerschaft darf die Firma zum Beispiel nicht von Ihnen verlangen, mehr als 9 Stunden pro Tag zu arbeiten, auch wenn eine längere Dauer im Arbeitsvertrag festgehalten ist. Ab der 8. Woche vor dem errechneten Geburtstermin dürfen Sie zwischen 20 und 6 Uhr nicht beschäftigt werden. Die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber muss Ihnen eine gleichwertige Arbeit bei Tag anbieten. Ist das nicht möglich, haben Sie Anrecht auf 80 Prozent des Lohns. Arbeiten Sie in einem Beruf, in dem Sie vorwiegend stehend oder gehend arbeiten, haben Sie ab dem vierten Schwangerschaftsmonat Anspruch auf eine tägliche Ruhezeit von 12 Stunden und dürfen alle 2 Stunden eine zusätzliche bezahlte Pause von 10 Minuten machen. Ab dem sechsten Schwangerschaftsmonat dürfen schwangere Arbeitnehmerinnen höchstens 4 Stunden pro Tag stehend oder gehend arbeiten.

NACH DER GEBURT. Während des Mutterschaftsurlaubs haben Sie als frischgebackene Mutter Anspruch auf 80 Prozent des Lohns, höchstens aber 220 Franken pro Tag, was einem Monatslohn von 8250 Franken entspricht (rebrand.ly/mutterschaftentschaedigung). Der Mutterschaftsurlaub endet nach 14 Wochen – früher nur dann, wenn Sie Ihre Arbeit freiwillig wieder aufnehmen. In manchen Fällen verlängert sich der Anspruch auf Entschädigung, zum Beispiel, wenn Ihr Kind direkt nach der Geburt länger als 14 Tage im Spital bleiben muss oder wenn



UNTER SCHUTZ: Schwangere Frauen haben bei der Arbeit besondere Rechte, damit sie und das ungeborene Kind keinen Gefahren ausgesetzt werden. FOTO: GETTY IMAGES

WORKTIPP

HILFREICHE INFOS FÜR WERDENDE ELTERN

Sie möchten sich über Ihre Rechte als werdende Eltern informieren? Dann empfehlen wir Ihnen die nützliche und leichtverständliche Übersicht der Unia (rebrand.ly/broschuere-mutterschaft). Hilfreich ist auch eine Broschüre «Mutterschutzinformation für Schwangere, Stillende und Wöchnerinnen in einem Arbeitsverhältnis», die vom Staatssekretariat für Wirtschaft herausgegeben wurde (rebrand.ly/mutterschutz).

der andere Elternteil (Vater oder Ehefrau der Mutter) innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt des Kindes verstirbt.

Während der Schwangerschaft stehen Sie unter Kündigungsschutz, der auch 16 Wochen nach der Geburt noch bestehen bleibt. Wurde Ihnen vor der Schwangerschaft gekündigt, wird die Kündigungsfrist unterbrochen und läuft erst nach Ablauf von 16 Wochen nach der Geburt weiter.

Der Erwerbsersatz, den Sie nach der Geburt erhalten, berechnet sich aus der Höhe des Lohnes vor der Geburt. Es ist also eine schlechte Idee, während der Schwangerschaft das Pensum zu reduzieren, lassen Sie sich auf keinen Fall dazu überreden! Ist Ihnen das Pensum in der Schwangerschaft zu hoch, besprechen Sie sich mit Ihrer Frauenärztin oder Ihrem Frauenarzt. Eine Möglichkeit ist eine teilweise Krankenschreibung aus gesundheitlichen Gründen.

WÄHREND DER STILLZEIT. Ihre Firma muss Ihnen Zeit freigeben, um zu stillen oder Milch abzupumpen. Wenn Sie das auf der Arbeitsstelle tun möchten, muss Ihnen die Arbeitgeberin oder der

und als frischgebackene Mutter zu

nach der Geburt!

ALLTAG VON ELTERN

WENN DAS KIND KRANK WIRD

Erwerbstätige Eltern werden immer wieder mit der Situation konfrontiert: Das Kind ist krank, und ein Elternteil muss zu Hause bleiben. In diesen Fällen muss Ihnen die Firma bis zu 3 Tage pro Krankheitsfall freigeben, damit Sie Ihr Kind gesundpflegen können; manche Gesamtarbeitsverträge sehen auch 5 Tage vor. In dieser Zeit haben Sie vollen Anspruch auf Ihren Lohn, die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber darf aber ein ärztliches Zeugnis verlangen.

WAS BEI LÄNGERER KRANKHEIT GILT. Ist Ihr Kind länger als 3 Tage krank, müssen Sie als Eltern eine Betreuung organisieren. Ist das nachweislich nicht möglich, ist es je nach Alter und gesundheitlichem Zustand Ihres Kindes denkbar, dass Sie es länger pflegen dürfen und müssen. Als Eltern haben Sie nämlich eine gesetzliche Pflicht, die Pflege Ihrer Kinder zu gewährleisten. Im Zweifelsfall empfehlen wir Ihnen, sich vom Kinderarzt oder von der Kinderärztin attestieren zu lassen, dass Ihr Kind mehr als diese 3 Tage gepflegt werden muss. In diesem Fall muss Ihre Arbeitgeberin Ihnen gestützt auf das Obligationenrecht aus dem Grund «Erfüllung gesetzlicher Pflichten» (Art. 324a OR) den Lohnausfall für die erforderliche Dauer ersetzen. Handelt es sich um eine schwere Erkrankung oder einen schweren Unfall, haben die Eltern Anrecht auf einen Betreuungsurlaub von bis zu 14 Wochen – in diesem Fall haben sie statt des Lohnes Taggelder aus der Erwerbsersatzordnung (EO) zugute. Der Betreuungsurlaub muss nicht an einem Stück bezogen werden, aber innerhalb von 18 Monaten. (mk)

Arbeitgeber einen geeigneten Raum zur Verfügung stellen. Als bezahlte Arbeitszeit gelten im ersten Lebensjahr des Kindes folgende

Ihre Firma muss Ihnen Zeit freigeben, um zu stillen.

Zeiten zum Stillen oder Abpumpen: Bei einer täglichen Arbeitszeit von bis zu 4 Stunden mindestens 30 Minuten. Bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als 4 Stunden mindestens eine Stunde. Bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als 7 Stunden mindestens anderthalb Stunden.

Folgende Arbeiten sind während der Stillzeit verboten: Nacht- und Schichtarbeiten, wenn diese

gefährliche und beschwerliche Arbeiten beinhalten oder wenn ein besonders gesundheitsbelastendes Schichtsystem vorliegt (zum Beispiel Schichtarbeit mit mehr als drei Nachtschichten hintereinander); Arbeiten unter Einwirkung radioaktiver Stoffe, wenn die Gefahr für eine Gesundheitsschädigung besteht. Auch wenn Sie nicht stillen, sind Sie bis zur 16. Woche nach der Geburt von gewissen Arbeiten befreit. Als gefährliche oder beschwerliche Arbeiten gelten Bewegungen und Körperhaltungen, die zu vorzeitiger Ermüdung führen (sich erheben, strecken oder beugen, dauernde Kauerstellung usw.) und Arbeiten, die mit Einwirkungen wie Stössen, Erschütterungen oder Vibrationen verbunden sind.

Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sind ein kleiner Zustupf bei der Rente

Wer eigene, Adoptiv- oder Stiefkinder betreut, kann sich das später bei der Rente anrechnen lassen. Ebenso, wer Angehörige pflegt. Doch was müssen Sie tun, um die Gutschriften auch tatsächlich zu erhalten?

MARIA KÜNZLI

Am Ende des Erwerbslebens gucken viele – immer noch überwiegend Frauen – in die Röhre: Die Rente reicht kaum zum Leben. Dies oft, weil viel unbezahlte Care-Arbeit geleistet wurde und deshalb nicht Vollzeit gearbeitet werden konnte. Denn unbezahlte Care-Arbeit wird in der 2. Säule nicht berücksichtigt. Die AHV entlohnt die geleistete Arbeit zumindest

ein bisschen: Und zwar mit Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, die als Art fiktives Einkommen der Rente angerechnet werden.

ERZIEHUNGSGUTSCHRIFTEN. Die Erziehungs-gutschriften entschädigen für die Kinderbetreuung. Sie werden bei der Anmeldung zur Altersrente angerechnet und müssen nicht vorher angemeldet oder beantragt werden. Erziehungs-gutschriften erhalten Eltern ab dem Folgejahr der Geburt bis zum 16. Altersjahr des Kindes. Bei mehreren Kindern können die Gutschriften nicht kumuliert werden, sie gelten einfach so lange, bis das jüngste 16 ist.

Teilen sich die Eltern das Sorgerecht, kommt es darauf an, ob sie verheiratet, geschie-

Wo die unbezahlte Care-Arbeit honoriert wird

den oder nicht miteinander verheiratet sind und wer in welchem Umfang für die gemeinsamen Kinder verantwortlich war. Am einfachsten ist es bei verheirateten Paaren: Während der Ehe wird ihnen automatisch jeweils die Hälfte angerechnet. Bei geschiedenen oder unverheirateten Eltern wird die Sache komplizierter. Falls nur ein Elternteil die elterliche Sorge hat, gehen die Erziehungs-gutschriften ausschliesslich an diese verantwortliche Person beziehungsweise an die Person, welche die Erwerbstätigkeit reduziert. Kümmern sich beide Elternteile um den Nachwuchs, sollten die Eltern schriftlich festhalten, wer die Gutschriften erhalten soll. Meistens gehen sie vollumfänglich an jene Per-

son, die das Kind hauptsächlich betreut. Sind die Eltern je zur Hälfte für die Kinder da, können die Gutschriften auch geteilt werden. Wird keine Vereinbarung abgeschlossen, so kommt die Gutschrift seit 2015 der Mutter zugute, für die Jahre bis und mit 2014 beiden Eltern teilen je zur Hälfte. Mehr Infos: rebrand.ly/erziehungsgutschriften.

BETREUUNGSGUTSCHRIFTEN. Sie haben Anrecht auf Betreuungsgutschriften, wenn Sie pflegebedürftige Angehörige betreuen, die nicht weiter als 30 Kilometer entfernt wohnen oder Sie nicht länger als eine Stunde brauchen, um die Pflegebedürftige Person zu erreichen. Pflegen Sie Ihre Lebenspartnerin oder Ihren Lebenspartner, haben Sie An-

spruch auf Betreuungsgutschriften, wenn Sie seit mindestens fünf Jahren im gleichen Haushalt leben. Als pflegebedürftig gelten nur jene Angehörigen, die eine Hilfloseneinschädigung beziehen. Im Gegensatz zu den Erziehungs-gutschriften müssen die Betreuungsgutschriften jährlich bei der kantonalen Ausgleichskasse beantragt werden, damit sie später an die Rente angerechnet werden. Anmeldeformular herunterladen: rebrand.ly/formular-betreuungsgutschriften. Beteiligen sich mehrere Personen an der Betreuung, wird die Betreuungsgutschrift aufgeteilt. Wie hoch der angerechnete Betrag ist, wird erst bei der Rentenberechnung festgelegt. Infos: rebrand.ly/betreuungsgutschriften.

GUTSCHRIFTEN

WIE VIEL BEKOMME ICH?

Wie hoch sind die Betreuungs- und Erziehungs-gutschriften? Die Gutschriften entsprechen der dreifachen jährlichen Minimalrente. Massgebend für die Höhe der Minimalrente ist das Jahr, in dem die Rente beantragt wird. Diese Summe wird dann durch die Beitragsdauer – also die Anzahl Jahre, während deren AHV-Beiträge gezahlt wurden – geteilt und schliesslich zum durchschnittlichen Erwerbseinkommen dazugezählt. Hier finden Sie ein Beispiel: rebrand.ly/berechnung-gutschriften.

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



VERBESSERUNGSWÜRDIG: Dieser Fotograf hat das Hauptmotiv in die Bildmitte gesetzt, was nicht zu empfehlen ist. FOTO: GETTY IMAGES

Handy: So gelingen die perfekten Ferienfotos

Das Handy hat die Digitalkamera weitgehend verdrängt. Wir zeigen, welche Einstellungen zu besseren Resultaten führen.

DEN KAMERARASTER BENUTZEN. Für die Komposition ist der Raster auf dem Bildschirm der Handykamera hilfreich: Sie können den Horizont daran ausrichten. Sie sollten ihn nicht in der Mitte platzieren, sondern nahe an einer der beiden Querlinien. Das Hauptmotiv sollten Sie an der linken oder rechten senkrechten Rasterlinie ausrichten. Auf Android-Smartphones schaltet man den Raster direkt in der Kamera ein. Auf iPhones aktiviert man ihn in den Einstellungen.

DIE HELLLIKEIT MANUELL EINSTELLEN. Auf vielen Smartphones kann man auf dem Kamerabildschirm das Element antippen, das im Zentrum des Fotos stehen soll. Nun erscheint daneben eine kleine Sonne, die Sie nach oben oder nach unten schieben können, um die Belichtung anzupassen. Tipp: Das Sujet eher etwas zu dunkel als zu hell fotografieren. Bei der Bildbearbeitung kann man es nachträglich aufhellen. In überbelichteten Bereichen dagegen gehen oft sämtliche Konturen verloren.

BLITZ UND NACHTMODUS FÜR BESONDERE SITUATIONEN: Liegt in der Mittags-sonne ein Schatten auf einem Gesicht, kann der Blitz helfen, die dunklen Stellen aufzuhellen. Generell sollten Sie den Blitz jedoch nur sparsam einsetzen. In dunklen Räumen reicht die Linsenöffnung des Handys oft nicht für ein kontrastreiches Foto. Da kann der sogenannte Nachtmodus etwas herausholen. Das Handy bietet Einstellungen für verschiedene Lichtverhältnisse und Motive.

AUFPASSEN MIT DEM ZOOM: Das Motiv nicht mit Fingern auf dem Display heranzoomen, das führt zu verpixelten Fotos. Besser näher ans Motiv gehen. THOMAS SCHWENDENER

MOVENDO

Neue Webinare

Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, bietet spannende Webinare an. Ein Blick ins Programm lohnt sich!

Interessieren Sie sich dafür, wie Gewerkschaftsarbeit in anderen Ländern geleistet wird? Dann könnte Sie die Reihe «Blick über den Tellerrand. Gewerkschaftsbewegungen international» interessieren. In drei Onlineveranstaltungen lernen Sie internationale Bewegungen der Arbeitnehmenden kennen: jene der Teeplückerinnen und -plücker in Sri Lanka (2.9.2024, 19.30 Uhr), die gewerkschaftliche Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen bei Amazon (24.10.2024, 19.30 Uhr) und gewerkschaftliche Anstrengungen im Palmölsektor (29.1.2025, 19.30 Uhr).

Eine weitere Onlineveranstaltung beschäftigt sich mit dem Thema Menschenhandel. Auch in der Schweiz werden täglich Arbeiterinnen und Arbeiter von skrupellosen Menschen, und durchschaubaren Subunternehmern von der organisierten Kriminalität ausgebeutet.

WIE ERKENNEN? Einschüchterung, Gewalt und Betrug hindern diese Menschen oft daran, sich für ihre Rechte einzusetzen. Doch wie erkennen wir, wo Menschenhandel und Ausbeutung stattfinden? Das Webinar bietet eine Übersicht und Gelegenheit für einen Austausch (26.10.2024, 9 bis 13 Uhr). (mk)

Die Übersicht unter: rebrand.ly/movendo-webinare2024

WORKLESERFOTO



Chillen im Schatten

WANN 29. Juni 2024
 WO Reinach AG
 WAS Junger Igel im Gemüsegarten
 Eingesandt von Martin Bär, Reinach

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



«Hotelkrippe» in St. Gallen: unprofessionell und unverantwortlich

Wie der Verdacht auf einen

WORKZEITUNG.CH / 4.7.2024:
«HOTELKRIPPE» IN ST. GALLEN IST UNPROFESSIONELL

Hinschauen!

Diese Kita sollte schon längst geschlossen sein. Ich verstehe bis heute nicht, warum sie trotz mehreren Meldungen an das zuständige Amt noch geöffnet ist. Alle ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten erzählen, was dort wirklich unter der Leitung von Sarah Bösch vor sich geht, und ich weiss, alle würden bestätigen, was der junge Mann erzählt! Aber Achtung, bei Sarah Bösch hat man ganz schnell einen Anwalt am Hals, oder sie weiss sonst, wie man jemanden einschüchtern kann. Bösch sollte weder eine Kita führen, noch sollte sie in der Politik sein! Danke für diesen Artikel, ich hoffe, man schaut nun endlich mal hin!

USERIN «EHEMALIGE» VIA WORKZEITUNG.CH

Katastrophe!

Bei Sarah Bösch zu arbeiten war eine Vollkatastrophe. Eine Frau, die Mitarbeitende untereinander

ausspielte. Alles so drehte, wie es ihr passte. Sehr unprofessionelles Verhalten. Dazu kam noch, dass wir für die zu betreuenden Kinderzahl immer unterbesetzt waren. Wir konnten Grundbedürfnisse der Kinder stillen, für mehr hat es fast nie gereicht. Diese Kita müsste man schliessen.

USERIN «SAUTER» VIA WORKZEITUNG.CH

Auspacken!

Als ehemalige Mitarbeiterin kann ich mich hier den Kommentaren nur anschliessen und alles bestätigen! Sarah Bösch sollte keine soziale Institution mehr führen dürfen. Jedoch stelle ich hier auch das Amt für Soziales in Frage! Wie viele Meldungen hat das Amt erhalten, und es gibt bereits zwei Standorte dieser Kita. Wir reden hier von Meldungen, was die Mitarbeiterführung betrifft, aber noch viel schlimmer sind die Meldungen, wie Sarah Bösch den Umgang mit den Kindern pflegt! Wenn man sie mit diesen Themen konfrontierte, begründete sie dies als «pädagogische Arbeit». Dazu kamen anschliessend Drohungen und Kriegs-

erklärungen, falls dies an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Vieles wird verschwiegen, und die Eltern erhalten falsche Informationen. Es gibt unzählig Geschichten, die wir hier alle mal auspacken könnten. Ich würde meine Kinder niemals dieser Frau und dieser Kita anvertrauen!

USERIN «J.J.» VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 8 / 20.6.2024: DARUM IST DIE BVG-REVISION EIN BSCHISS

Rückschritt

Für uns Rentnerinnen und Rentner, aber auch für Junge sinken mit dieser Reform die Renten jedes Jahr weiter. Denn ohne Teuerungsausgleich in der 2. Säule bleibt immer weniger Geld in der Pension. Diese Rentenreform in der 2. Säule würde den Fortschritt kaputt machen, den wir mit der 13. AHV-Rente erreichen konnten. Deshalb Nein zur BVG-Reform am 22. September.

JAKOB HAURI VIA WORKZEITUNG.CH

WORKZEITUNG.CH / 11.7.2024:
GELD UND GÜLLE GEGEN GESUNDES LAND

Das stinkt zum Himmel

Wann wird das Gülleproblem endlich angepackt? Die logische Konsequenz ist die Reduktion des Viehbestandes und damit logischerweise die Subventionierung, die in die falsche Richtung geht. Es braucht niemand so viel Fleisch, so viel Butter, so viel Rahm. Es wäre auch gesellschaftlich gesünder und könnte die Krankenkassen entlasten. Diese Güllerei ist eklig. Nir-

gends in unseren direkt benachbarten Ländern stinkt es so oft und so penetrant nach Gülle. Die Artenarmut sieht man den Wiesen schon von weitem an. Die Wiesen sind einfach nur fettgrün mit Löwenzahn, langweilig einseitig. Aber hier ist man das gewohnt und hält es für schön. Dazu kommen ja noch die Pestizide, die in starkem Verdacht stehen, Krebs, besonders Hirntumoren bei Kindern, zu verursachen. Und woher kommen die ganzen Allergien? Stehen sie nicht auch in Zusammenhang mit einem überlasteten Immunsystem? Aber die Krankenkassen zahlen ja...

TAMARA BLACH VIA WORKZEITUNG.CH

WORKZEITUNG.CH / 16.7.2024: DER SOMMER DER GRÄNNI-MILLIARDÄRE

Grössere Erfolgchance

Nun, ich bin eigentlich der Meinung, man sollte viel dringender die Vermögenssteuern der Superreichen endlich nach oben anpassen. Da ist dringender Handlungsbedarf und eine grössere Erfolgchance, an der Urne auch wirklich zum Erfolg zu kommen. Und Initiativen, die an der Urne nicht zum vornherin «absegeln», sollten von der SP lanciert werden und nicht von der Juso. Dieses Label ist einfach leider wenig erfolversprechend.

GERY MÜLLER VIA WORKZEITUNG.CH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

VULPIN



Die Spielgruppenleiterin **Hülya Muhterem Genis** (62) spricht die Sprache der Kinder – und die Sprache der Revolution.

«Ich bin eine Kämpferin»

Vor dreissig Jahren ist Hülya Muhterem Genis aus der Türkei in die Schweiz geflüchtet. Seitdem hilft sie Kleinkindern, Deutsch zu lernen. Und Frauen und Migrantinnen, sich für ihre Rechte starkzumachen.

SARAH FÖRRER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Zwei Herzen schlagen in Hülya Muhterem Genis' Brust: Ein politisches. Und eines für Kinder. Das zweite spürt man sofort, wenn sie nach ihrem Arbeitsmorgen in der Spielgruppe Wurzelzweig um die Ecke des Cafés Hueber im Berner Quartier Holligen eilt. Da kommt Energie, da kommt ein offenes Lachen, da kommen grosse Gefühle. Eigenschaften, auf welche die gebürtige Türkin in ihrem Beruf baut: «Ich kann mich gut in die Kinderwelt eingeben. Manchmal fühle ich mich selbst wie eines», sagt die 62-jährige lachend.

Seit fast 20 Jahren arbeitet Genis mit Kleinkindern. Dies hat sich auf ihre Sprache ausgewirkt. Sie redet in kurzen Sätzen, mit einfachen Wörtern und braucht auch mal die Hände, um sich zu verständigen. «Kinder drücken sich über Gefühle aus. Diese Sprache beherrsche ich besser als Deutsch», sagt sie. Insbesondere in ihrer Zeit bei der Integrationsstelle ISA hat sie die nonverbale Kommunikation perfektioniert. Dort hat sie sich als Gruppenleiterin um Migrantinnenkinder gekümmert. Damit die Mütter und Väter Deutsch lernen konnten.

MIT HÄNDEN UND FÜSSEN. Jeden Tag strömten Dutzende Kinder aus aller Welt in die Räumlichkeiten im Zentrum von Bern. Aus Syrien, Rumänien, Afghanistan – aber auch aus Eritrea, Sri Lanka oder der Türkei. Eines verband sie alle: Sie sprachen kein Wort Deutsch. «Die ersten Stunden waren für die Knirpse schwierig. Sie verstanden nur Bahnhof», so Genis. Mit Handzeichen, Augenkontakt und viel Gefühl führten Genis und ihr Team die Kleinen an ihre ersten Wörter heran. Meist dauerte es nicht lange, und schon kamen diese wie von selbst. «Wir feierten jeden Laut!» erinnert sich Genis.

15 Jahre arbeitete die Mutter einer Tochter bei der Migrationsstelle. In dieser Zeit hat sie über 7000 Kinder begleitet und ihnen den Einstieg in der Schweiz erleichtert. Dann wurde das Angebot vor drei Jahren gestrichen. Sparmassnahmen. «Dafür habe ich null Verständnis! Sprache ist der wichtigste Baustein für eine gelungene Integration – und gerade bei Kindern ist der Hebel gross – die sind so offen und lernbegierig! Da wird auf dem Buckel der Faltschen gespart», regt sich Genis auf.

IN DER POLITIK. Und da hört man das zweite Herz in ihrer Brust pochen. Dasjenige, das sich für Gerechtigkeit einsetzt. Und Gleichberechtigung. Genis: «Ich bin seit je ein politischer Mensch.» Bereits als Jugendliche

ging sie in Istanbul auf die Strasse. Engagierte sich politisch. Wehrte sich gegen das Regime. Nach dem Militärputsch in den Achtzigern lebte sie noch zehn Jahre im Untergrund – bevor sie in die Schweiz flüchtete.

In Freiburg begann sie ein Psychologiestudium und wurde noch während des Studiums schwanger. Kaum war das Kind auf der Welt, starb ihr Mann. «Das war eine Katastrophe; die schwierigste Zeit in meinem Leben», sagt sie mit stockender Stimme, ihr sonst so allgegenwärtiges Lachen verstummt. Nachdenklich fügt sie an: «Zum Glück habe ich einen starken Charakter.»

Daraufhin musste sie ihre Studententräume begraben und liess sich stattdessen zur Spielgruppenleiterin ausbilden. Gleichzeitig wurde sie bei der Unia aktiv. Heute ist Genis in ihrer Region Präsidentin der IG Feminismus und setzt sich für Frauen und insbesondere Migrantinnen ein. Sie selbst kennt das Gefühl der Zerrissenheit, der Diskriminierung auch: «Wir sind viel eher von Armut betroffen!» betont Genis. Zwar hat die 62-jährige nach ihrem Jobverlust bei der ISA sofort wieder eine Stelle gefunden. Jedoch mit grossen Lohnverlusten. Bei der ISA verdiente sie 45 Franken in der Stunde. Bei der Spielgruppe Bethlehem sind es 30 Franken.

Dazu kommt: «Wegen meiner Tochter habe ich nur 50 Prozent gearbeitet. Zum Glück erhalte ich die Witwenrente und habe eine günstige Genossenschaftswohnung. So geht es unter dem Strich auf», erzählt Genis. Ihre Tochter ist mittlerweile 30 Jahre alt – und tritt in die politischen Fussstapfen ihrer Mutter: Helin

Genis (das work-Portrait unter: rebrand.ly/helin-genis) ist heute in der SP aktiv und für die Stadtratswahlen im Herbst nominiert. «Ich drücke ihr auf jeden Fall die Daumen!» sagt die stolze Mutter lachend.

VOR DEM RUHESTAND. Während ihre Tochter aufdreht, nimmt Hülya Genis Tempo raus. Wenigstens im Beruf. In der Spielgruppe Wurzelzweig arbeitet sie nur noch wenige Tage. Nach den Sommerferien wird das Team ohne sie auskommen müssen. «Ich lasse mich pensionieren. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge», sagt sie. Vermissen wird sie die Kinder und das

Herumtollen im Bremgartenwald, wo sie mit der Waldspielgruppe an vier Vormittagen pro Woche unterwegs war.

Jedoch freut sie sich auch auf mehr Zeit. Auf das Reisen. Angst, dass ihre zwei Leidenschaften zu kurz kommen, hat sie nicht. «Im Quartier allein wohnen über 100 Kinder! In unserem Siedlungsschat werden immer wieder Hüetis gesucht.» Und die politische Arbeit behält Hülya Genis eh bei. Sie setzt sich weiterhin für mehr Lohn, für mehr Respekt, für mehr Gleichberechtigung ein. «Ich bin eine Kämpferin. Ich werde mich bis zum letzten Herzschlag für eine bessere Welt starkmachen!»



HÜLYA MUHTEREM GENIS

REISEN, LESEN, KOCHEN

Mit 62 Jahren hat Hülya Muhterem Genis sich die Pensionskasse ausbezahlen lassen: insgesamt 15000 Franken hat sie dort angespart. Die Hälfte davon investiert sie in einen lange gehegten Traum: eine Reise nach China und Tibet. Einen Monat lang wird sie durch die Länder reisen, sich mit Händen und Füssen verständigen – und die fremde Kultur einsaugen. «Das Reisen ist der einzige Luxus, den ich mir gönne!»

KOCHEN. Wenn sie nicht unterwegs ist, liest Hülya gerne. Mindestens eine Stunde täglich verbringt sie hinter Büchern oder der Zeitung. Zudem schwingt sie gerne den Kochlöffel. Gerne asiatisch, doch Freunde verlangen oft Gerichte aus ihrer türkischen Heimat. Auch Kebab. Aber natürlich nicht so, wie es hierzulande an jeder Essensbude serviert wird: «Kebab ist nicht gleich Kebab!» stellt Hülya Genis lachend klar.



BEI DEN WURZEL-ZWERGEN: Hier im Bremgartenwald bei Bern hat die Waldspielgruppe von Hülya Genis ihr Lager aufgebaut.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Hans Baumann, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Sarah Forrer, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jalliy, fabienne@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jalliy, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.